

Vizepräsidentin Claudia Roth

- (A) Die Linke auf Drucksache 18/4810 abzulehnen. Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung auf Verlangen der Fraktion Die Linke namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Die Urnen sind schon bereit. – Sind alle Plätze an den Urnen besetzt? – Ich glaube, die Urnen sind jetzt besetzt. Dann eröffne ich die Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Die Urne vorne rechts ist beschädigt; ich glaube, wir brauchen eine Ersatzurne. – Das Problem ist gelöst, alles klar.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das sieht nicht so aus. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer und Schriftführerinnen, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Bevor wir zu den weiteren Abstimmungen kommen, darf ich Sie herzlich bitten, Ihre Plätze einzunehmen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 30 c auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss) zu der Verordnung der Bundesregierung

Vierte Verordnung zur Änderung der Elektro- und Elektronikgeräte-Stoff-Verordnung

Drucksachen 18/7752, 18/7918 Nr. 2, 18/8230

- (B) Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/8230, der Verordnung auf Drucksache 18/7752 zuzustimmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist von allen Fraktionen einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 30 d:

Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss)

Übersicht 7

über die dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht

Drucksache 18/8251

Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu den Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses, Tagesordnungspunkte 30 e bis 30 i.

Tagesordnungspunkt 30 e:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 304 zu Petitionen

Drucksache 18/8093

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 304 ist damit einstimmig angenommen. (C)

Tagesordnungspunkt 30 f:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 305 zu Petitionen

Drucksache 18/8094

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Sammelübersicht 305 ist angenommen: Zugestimmt haben CDU/CSU und SPD, also die Große Koalition, dagegengestimmt haben die Linken, enthalten haben sich Bündnis 90/Die Grünen.

Tagesordnungspunkt 30 g:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 306 zu Petitionen

Drucksache 18/8095

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Sammelübersicht 306 ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 30 h:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 307 zu Petitionen (D)

Drucksache 18/8096

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Sammelübersicht 307 ist angenommen: Zugestimmt haben CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, dagegengestimmt hat die Linke.

Tagesordnungspunkt 30 i:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 308 zu Petitionen

Drucksache 18/8097

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Sammelübersicht 308 ist angenommen: CDU/CSU, SPD dafür, dagegen Bündnis 90/Die Grünen und die Linke, keine Enthaltungen.

Jetzt rufe ich den Zusatzpunkt 4 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion DIE LINKE

Rentenniveau anheben – Altersarmut verhindern

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort Sabine Zimmermann für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

¹⁾ Ergebnis Seite 16410 A

(A) **Sabine Zimmermann** (Zwickau) (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, Sie haben 2001 hier in diesem Hause angesichts Ihrer angeblichen Jahrhundertreform wahre Lobeshymnen angestimmt. Erinnern Sie sich noch?

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da war ich noch nicht dabei!)

– Das ist aber keine Entschuldigung, Herr Kurth. – Sie wollten den Menschen ernsthaft weismachen, dass die Rente zukunftsfest und generationengerecht gemacht wird. Ich will Ihnen sagen, was Sie gemacht haben: Sie haben die Axt an die gesetzliche Rentenversicherung gelegt – zur Freude der Versicherungswirtschaft. Das war Ihr Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: So ist das! Traurig, aber wahr!)

Heute hält selbst Horst Seehofer, der nun nicht unser Freund ist,

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

die Riester-Rente für gescheitert.

(Tino Sorge [CDU/CSU]: Das ist aber etwas Neues, Frau Zimmermann!)

– Ich finde das wirklich nicht lustig – das muss ich Ihnen sagen –, das Thema ist nämlich sehr ernst.

(B) (Beifall bei der LINKEN)

Profitiert hat ganz allein die Versicherungswirtschaft; denn die hat sich in diesem Land dumm und dämlich verdient, meine Damen und Herren.

Sie haben dafür gesorgt, dass die Beiträge für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer massiv angestiegen sind. Sie haben die Kosten der privaten Vorsorge weitestgehend allein den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgebürdet. Sie haben damit die paritätische Finanzierung der Rente zerstört. Heute zahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nur mehr; sie bekommen auch viel weniger raus, weil die Regierung das Rentenniveau immer weiter absenkt. In keiner Bevölkerungsgruppe wächst der Anteil der Armen so schnell wie unter den Rentnerinnen und Rentnern. Sie haben die Rente nicht reformiert, Sie haben sie demontiert, und das ist schäbig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Weder Riester noch das Konzept der betrieblichen Altersvorsorge ist wirklich aufgegangen. Eine betriebliche Altersvorsorge, an der sich tatsächlich auch die Betriebe und Unternehmen beteiligen, gibt es praktisch nur in Großunternehmen. Und im Osten werden Sie betriebliche Altersvorsorge fast nirgendwo finden.

Was Sie völlig ignorieren, ist, dass viele überhaupt nicht privat vorsorgen können. Das ist keine Frage der Einsicht, sondern es ist eine Frage des Einkommens. Nach dem Zusammenbruch der Textilindustrie im Vogtland zum Beispiel nach der Wende hieß das für viele

Kolleginnen und Kollegen: Arbeitslosigkeit. Sie haben sich dann über Jahre hinweg von einer ABM zur anderen ABM gehandelt. Sie haben mal eine Qualifizierungsmaßnahme gehabt, zum Schluss einen 1-Euro-Job. Ich frage Sie: Wovon sollten die Kolleginnen und Kollegen eine private Altersvorsorge bilden? Das war überhaupt nicht möglich. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Sie schaffen einerseits in Europa den größten Niedriglohnsektor und wundern sich andererseits, dass die Menschen kein Geld für private Vorsorge haben. Geht's noch? – Mit dem Mindestlohn vielleicht auch noch für das Alter vorsorgen – wie soll denn das gehen? Glauben Sie das wirklich? Die Linke sagt: Wir brauchen vernünftige Löhne. Das ist einfach Grundlage für eine gute Rente, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein weiteres Thema, das hier unbedingt angesprochen werden muss: Die Bertelsmann-Stiftung hat kürzlich festgestellt, dass die Armutsgefährdung der über 65-Jährigen vor allem in weiten Teilen Ostdeutschlands deutlich angestiegen ist. Brauchen Sie eigentlich noch irgendeinen anderen Grund, um 25 Jahre nach der deutschen Einheit dieses schreiende Unrecht ungleicher Renten in Ost und West endlich zu beseitigen?

(Beifall bei der LINKEN)

Oft genug hat die Große Koalition, insbesondere die Kanzlerin, das ja versprochen. Aber das glaubt Ihnen niemand mehr. Schluss mit den Reden! Rentenangleichung jetzt! Das fordert die Linke, meine Damen und Herren. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Und hören Sie endlich auf, so zu tun, als sei das nicht finanzierbar. Seit 2001 ist die Wirtschaftsleistung des Landes enorm gewachsen. Diese Leistung wird von Millionen Beschäftigten erbracht. Aber bei denen kommen die Zuwächse leider immer weniger an. Wenn wir in den vergangenen Jahrzehnten eine so beispiellose Umverteilung von unten nach oben nicht gehabt hätten, würde heute niemand mehr über die Verlängerung der Lebensarbeitszeit reden. Ihre Argumente für die Rente erst ab 70, vielleicht demnächst ab 75, sind nichts anderes als eine Verschleierung eines neuerlichen Rentenklus, und das haben die Menschen nicht verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss. Wenn die Menschen auch im Ruhestand ein sorgenfreies Leben haben sollen, kann die Lösung nur eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung sein. Das fordert die Linke.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Kollegin Zimmermann. – Das Wort hat Karl Schiewerling für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Deutsche Rentenversicherung befindet sich im Jahre 2016 in einer exzellenten Verfassung. Sie ist wesentlich besser, als vorher noch prognostiziert worden ist.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Und wie geht es den Rentnern?)

Wir werden im Juni die Renten anheben, und zwar um 4,25 Prozent im Westen und 5,95 Prozent im Osten. Wir erleben, dass sich das Rentenniveau im Osten seit der deutschen Einheit auf fast 94 Prozent des Westniveaus angeglichen hat. Wir erleben auch, dass 3,2 Prozent aller Rentnerinnen und Rentner auf Grundsicherung angewiesen sind. Da kann von einer flächendeckenden Armut durch die Rente keine Rede sein. Es ist unverantwortlich, was Sie hier propagieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: 15,6 Prozent und nicht 3,2 Prozent sind arm!)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie mit großem Nachdruck, mit diesem Rentensystem und der Debatte darüber sorgsam umzugehen, weil sowohl die Entwicklungen in der gesetzlichen als auch die Entwicklungen in der privaten und der betrieblichen Altersvorsorge immer vor dem Hintergrund der demografischen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu sehen sind. Es geht nicht darum, unter Menschen Angst und Schrecken zu verbreiten, sondern darum, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Menschen im Alter gut leben können.

Die Grundlagen dafür haben wir in der letzten Großen Koalition mit dem damaligen Rentenpaket gelegt. Wir haben geklärt, dass bis 2030 das Renteneintrittsalter sukzessive auf 67 Jahre ansteigen wird. Wir haben diesen Punkt bei weitem noch nicht erreicht. Wir sind jetzt bei 65 Jahren plus fünf oder sechs Monaten, soweit ich das in Erinnerung habe.

Wir sind in einer Situation, in der wir durch die Einführung der Mütterrente insbesondere denjenigen geholfen haben, die dazu beigetragen haben, dass überhaupt Generationengerechtigkeit möglich wurde, indem Kinder geboren und so erzogen werden konnten, dass sie lebensstüchtige Menschen sind und hinterher Beiträge leisten, damit die Renten finanziert werden können.

Wir haben im letzten Rentenpaket vereinbart, die Rente mit 67 so zu gestalten, dass jemand, der 45 Beitragsjahre hat, auch in Zukunft auf jeden Fall mit 65 in Rente gehen kann, und auch, dass das jetzt vorgezogen wird. Das wird sich aufbauen bis zum Jahre 2030.

Ich rate uns dringend, die unterschiedlichen Säulen, die wir für die Altersabsicherung benötigen – die gesetzliche Rente, die betriebliche Altersvorsorge und die private Altersvorsorge –, nicht in Bausch und Bogen kaputtzureden. Das würde jeder wirtschaftlichen Vernunft

entgegenstehen, und die, das will ich ehrlich sagen, habe ich Ihnen noch nie unterstellt. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist das Problem!)

Wir können Rentenversicherung, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik, Wirtschaftswachstum und Wohlstand nicht voneinander trennen. Es hängt alles mit allem zusammen. Dies verlangt wirtschaftliche Vernunft und verantwortungsvolles Umgehen mit der Rentenversicherung und der Altersabsicherung. Und – darin gebe ich Ihnen allerdings recht – nach allen Debatten, die wir in der letzten Zeit geführt haben und führen werden, müssen wir dafür sorgen, dass die Menschen am Ende der Tage von dem, was sie in ihrem Leben erwirtschaftet haben, auch leben können.

Wenn jemand sein Leben lang auf Grundsicherung angewiesen ist, dann wird er zwangsläufig am Ende des Lebens nicht von einer Rente leben können, weil er nichts eingezahlt hat,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: In Dänemark geht das!)

sondern er wird auch weiterhin auf Grundsicherung angewiesen sein. Aber ich will Ihnen sagen: Es heißt in Deutschland – weil Sie von den Linken das immer kaputtreden – deshalb Grundsicherung, weil niemand unter diesen Betrag fällt.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wie viel ist das denn?) (D)

Grundsicherung heißt auch, dass Menschen im Alter von dieser Grundlage leben können. Unser Ziel ist allerdings, dass die, die 45 Jahre gearbeitet, eingezahlt, Kinder erzogen und Eltern gepflegt haben, am Ende der Tage mehr haben müssen als die, die nichts erbracht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

An dem Rentenpaket, meine Damen und Herren, arbeiten wir. Das große Interesse unserer Fraktion besteht darin, die jetzt aufgekommene Diskussion über die Frage des Rentenniveaus, über die Frage des Renteneintrittsalters, über die Frage des Rentenbeitrags, über die Frage, wer davon alles profitiert, in eine vernünftige und klare Bahn zu lenken, um für die Zeit nach 2030 – soweit wir das überblicken können – die Weichen rechtzeitig zu stellen. Das geht nicht, indem man mit Schaum vor dem Mund Katastrophen darstellt, sondern das geht nur, indem man mit Sachverstand und Klarheit den Menschen sagt, wohin die gesamte Entwicklung geht.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie das Herrn Seehofer!)

An diesem Punkt sind wir. Daran werden wir arbeiten. Sie werden erleben, dass unsere Konzepte zukunftsfähig sind. Ihre Konzepte bringen Verheißungen, die kein Mensch bezahlen kann.

Karl Schiewerling

(A) Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Völliger Unsinn!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege Schiewerling.

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schrift-

führern **ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmungen** mitteilen. (C)

Zuerst wurde über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesberggesetzes zur Untersagung der Fracking-Technik von Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt – Drucksachen 18/7551 und 18/8125 –: abgegebene Stimmen 593. Mit Ja haben gestimmt 125, mit Nein haben gestimmt 425, Enthaltungen 43. Der Gesetzentwurf ist damit abgelehnt. Damit entfällt nach der Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Endgültiges Ergebnis		
Abgegebene Stimmen:	591;	Jan Korte
davon		Jutta Krellmann
ja:	125	Katrin Kunert
nein:	423	Caren Lay
enthalten:	43	Sabine Leidig
		Ralph Lenkert
		Stefan Liebich
		Dr. Gesine Lötzsich
		Thomas Lutze
		Birgit Menz
		Cornelia Möhring
		Niema Movassat
		Norbert Müller (Potsdam)
		Dr. Alexander S. Neu
		Thomas Nord
		Petra Pau
		Harald Petzold (Havelland)

CDU/CSU

Maik Beermann

Josef Göppel

Hans-Georg von der Marwitz

Andreas Mattfeldt

Martin Patzelt

SPD

(B) Christina Jantz-Herrmann

DIE LINKE

Jan van Aken

Dr. Dietmar Bartsch

Herbert Behrens

Karin Binder

Matthias W. Birkwald

Heidrun Bluhm

Christine Buchholz

Eva Bulling-Schröter

Roland Claus

Sevim Dağdelen

Klaus Ernst

Wolfgang Gehrcke

Nicole Gohlke

Annette Groth

Dr. André Hahn

Heike Hänsel

Dr. Rosemarie Hein

Inge Höger

Andrej Hunko

Sigrud Hupach

Ulla Jelpke

Susanna Karawanskij

Kerstin Kassner

Katja Kipping

	Dr. Franziska Brantner	Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
	Agnieszka Brugger	Hans-Christian Ströbele
	Ekin Deligöz	Dr. Harald Terpe
	Katja Dörner	Markus Tressel
	Katharina Dröge	Jürgen Trittin
	Harald Ebner	Dr. Julia Verlinden
	Dr. Thomas Gambke	Doris Wagner
	Matthias Gastel	Beate Walter-Rosenheimer
	Kai Gehring	
	Katrin Göring-Eckardt	Nein
	Anja Hajduk	CDU/CSU
	Britta Haßelmann	Stephan Albani
	Dr. Anton Hofreiter	Katrin Albsteiger
	Bärbel Höhn	Artur Auernhammer
	Dieter Janecek	Dorothee Bär
	Uwe Kekeritz	Thomas Bareiß
	Katja Keul	Norbert Barthle
	Sven-Christian Kindler	Günter Baumann
	Maria Klein-Schmeink	Manfred Behrens (Börde)
	Tom Koenigs	Veronika Bellmann
	Sylvia Kötting-Uhl	Sybille Benning
	Oliver Krischer	Dr. André Berghegger
	Stephan Kühn (Dresden)	Dr. Christoph Bergner
	Christian Kühn (Tübingen)	Ute Bertram
	Renate Künast	Steffen Bilger
	Markus Kurth	Clemens Binninger
	Monika Lazar	Wolfgang Bosbach
	Steffi Lemke	Norbert Brackmann
	Dr. Tobias Lindner	Klaus Brähmig
	Peter Meiwald	Michael Brand
	Irene Mihalic	Dr. Reinhard Brandl
	Beate Müller-Gemmeke	Helmut Brandt
	Özcan Mutlu	Dr. Ralf Brauksiepe
	Dr. Konstantin von Notz	Dr. Helge Braun
	Friedrich Ostendorff	Heike Brehmer
	Cem Özdemir	Ralph Brinkhaus
	Lisa Paus	Cajus Caesar
	Brigitte Pothmer	Gitta Connemann
	Tabea Rößner	Alexandra Dinges-Dierig
	Claudia Roth (Augsburg)	Alexander Dobrindt
	Corinna Rüffer	Michael Donth
	Manuel Sarrazin	Thomas Dörflinger
	Ulle Schauws	Marie-Luise Dött
	Dr. Gerhard Schick	
	Dr. Frithjof Schmidt	
	Kordula Schulz-Asche	

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Luise Amtsberg

Kerstin Andreae

Annalena Baerbock

Volker Beck (Köln)

Nein

CDU/CSU

Stephan Albani

Katrin Albsteiger

Artur Auernhammer

Dorothee Bär

Thomas Bareiß

Norbert Barthle

Günter Baumann

Manfred Behrens (Börde)

Veronika Bellmann

Sybille Benning

Dr. André Berghegger

Dr. Christoph Bergner

Ute Bertram

Steffen Bilger

Clemens Binninger

Wolfgang Bosbach

Norbert Brackmann

Klaus Brähmig

Michael Brand

Dr. Reinhard Brandl

Helmut Brandt

Dr. Ralf Brauksiepe

Dr. Helge Braun

Heike Brehmer

Ralph Brinkhaus

Cajus Caesar

Gitta Connemann

Alexandra Dinges-Dierig

Alexander Dobrindt

Michael Donth

Thomas Dörflinger

Marie-Luise Dött

(D)

(A)	Hansjörg Durz Iris Eberl Jutta Eckenbach Dr. Bernd Fabritius Hermann Färber Uwe Feiler Dr. Thomas Feist Enak Ferlemann Ingrid Fischbach Dirk Fischer (Hamburg) Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) Dr. Maria Flachsbarth Klaus-Peter Flosbach Thorsten Frei Dr. Astrid Freudenstein Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) Michael Frieser Hans-Joachim Fuchtel Alexander Funk Ingo Gädechens Dr. Thomas Gebhart Alois Gerig Eberhard Gienger Cemile Giousouf Ursula Groden-Kranich Hermann Gröhe Klaus-Dieter Gröhler	Alexander Hoffmann Thorsten Hoffmann (Dortmund) Karl Holmeier Franz-Josef Holzenkamp Dr. Hendrik Hoppenstedt Margaret Horb Bettina Hornhues Charles M. Huber Anette Hübinger Hubert Hüppe Erich Irlstorfer Thomas Jarzombek Sylvia Jörrißen Dr. Franz Josef Jung Andreas Jung Xaver Jung Dr. Egon Jüttner Bartholomäus Kalb Hans-Werner Kammer Steffen Kampeter Steffen Kanitz Alois Karl Anja Karliczek Bernhard Kaster Volker Kauder Dr. Stefan Kaufmann Roderich Kiesewetter Dr. Georg Kippels	Andrea Lindholz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Wilfried Lorenz Dr. Claudia Lücking-Michel Dr. Jan-Marco Luczak Karin Maag Yvonne Magwas Thomas Mahlberg Gisela Manderla Matern von Marschall Stephan Mayer (Altötting) Reiner Meier Dr. Michael Meister Dr. Angela Merkel Jan Metzler Maria Michalk Dr. h.c. Hans Michelbach Dr. Mathias Middelberg Dietrich Monstadt Karsten Möring Marlene Mortler Volker Mosblech Elisabeth Motschmann Dr. Gerd Müller Carsten Müller (Braunschweig) Stefan Müller (Erlangen) Dr. Philipp Murmann Dr. Andreas Nick Michaela Noll Helmut Nowak Dr. Georg Nüßlein Julia Obermeier Florian Oßner Dr. Tim Ostermann Henning Otte Ingrid Pahlmann Sylvia Pantel Dr. Martin Pätzold Ulrich Petzold Dr. Joachim Pfeiffer Sibylle Pfeiffer Eckhard Pols Thomas Rachel Kerstin Radomski Alexander Radwan Alois Rainer Dr. Peter Ramsauer Eckhardt Rehberg Lothar Riebsamen Josef Rief Dr. Heinz Riesenhuber Johannes Röring Erwin Rüdell Albert Rupprecht Anita Schäfer (Saalstadt)	Dr. Wolfgang Schäuble Karl Schiewerling Jana Schimke Norbert Schindler Tankred Schipanski Heiko Schmelzle Christian Schmidt (Fürth) Gabriele Schmidt (Ühlingen) Ronja Schmitt Patrick Schnieder Dr. Ole Schröder Dr. Kristina Schröder (Wiesbaden) Bernhard Schulte-Drüggelte Dr. Klaus-Peter Schulze Uwe Schummer Armin Schuster (Weil am Rhein) Christina Schwarzer Detlef Seif Johannes Selle Reinhold Sendker Bernd Siebert Thomas Silberhorn Johannes Singhammer Tino Sorge Jens Spahn Carola Stauche Dr. Wolfgang Stefinger	(C)
(B)	Michael Grosse-Brömer Astrid Grotelüschen Markus Grübel Manfred Grund Oliver Grundmann Dr. Herlind Gundelach Fritz Güntzler Christian Haase Florian Hahn Dr. Stephan Harbarth Jürgen Hardt Gerda Hasselfeldt Matthias Hauer Mark Hauptmann Dr. Stefan Heck Dr. Matthias Heider Helmut Heiderich Mechthild Heil Frank Heinrich (Chemnitz) Mark Helfrich Uda Heller Jörg Hellmuth Michael Hennrich Ansgar Heveling Peter Hintze Dr. Heribert Hirte Christian Hirte Robert Hochbaum	Volkmar Klein Jürgen Klimke Axel Knoerig Jens Koeppen Markus Koob Carsten Körber Kordula Kovac Gunther Krichbaum Rüdiger Kruse Bettina Kudla Dr. Roy Kühne Günter Lach Uwe Lagosky Dr. Karl A. Lamers Andreas G. Lämmel Dr. Norbert Lammert Katharina Landgraf Ulrich Lange Barbara Lanzinger Dr. Silke Launert Paul Lehrieder Dr. Katja Leikert Dr. Philipp Lengsfeld Dr. Andreas Lenz Dr. Ursula von der Leyen Antje Lezius Ingbert Liebing Matthias Lietz	Dr. Wolfgang Schäuble Karl Schiewerling Jana Schimke Norbert Schindler Tankred Schipanski Heiko Schmelzle Christian Schmidt (Fürth) Gabriele Schmidt (Ühlingen) Ronja Schmitt Patrick Schnieder Dr. Ole Schröder Dr. Kristina Schröder (Wiesbaden) Bernhard Schulte-Drüggelte Dr. Klaus-Peter Schulze Uwe Schummer Armin Schuster (Weil am Rhein) Christina Schwarzer Detlef Seif Johannes Selle Reinhold Sendker Bernd Siebert Thomas Silberhorn Johannes Singhammer Tino Sorge Jens Spahn Carola Stauche Dr. Wolfgang Stefinger Albert Stegemann Peter Stein Erika Steinbach Sebastian Steineke Johannes Steiniger Christian Frhr. von Stetten Dieter Stier Rita Stockhofe Gero Storjohann Stephan Stracke Max Straubinger Matthäus Strebl Karin Strenz Thomas Stritzl Lena Strothmann Michael Stübgen Dr. Sabine Sütterlin-Waack Dr. Peter Tauber Antje Tillmann Astrid Timmermann-Fechter Dr. Hans-Peter Uhl Dr. Volker Ullrich Arnold Vaatz Oswin Veith Thomas Viesehon Michael Vietz Volkmar Vogel (Kleinsaara)	(D)	

(A)	Sven Volmering Christel Voßbeck-Kayser Kees de Vries Dr. Johann Wadephul Marco Wanderwitz Nina Warken Kai Wegner Albert Weiler Marcus Weinberg (Hamburg) Dr. Anja Weisgerber Peter Weiß (Emmendingen) Sabine Weiss (Wesel I) Ingo Wellenreuther Karl-Georg Wellmann Marian Wendt Waldemar Westermayer Kai Whittaker Peter Wichtel Heinz Wiese (Ehingen) Klaus-Peter Willsch Elisabeth Winkelmeier-Becker Oliver Wittke Dagmar G. Wöhrl Barbara Woltmann Tobias Zech Heinrich Zertik Emmi Zeulner Dr. Matthias Zimmer	Dr. Fritz Felgentreu Elke Ferner Christian Flisek Gabriele Fograscher Ulrich Freese Michael Gerdes Martin Gerster Angelika Glöckner Uli Grötsch Wolfgang Gunkel Bettina Hagedorn Rita Hagl-Kehl Sebastian Hartmann Michael Hartmann (Wackernheim) Hubertus Heil (Peine) Gabriela Heinrich Marcus Held Dr. Barbara Hendricks Heidtrud Henn Gustav Herzog Gabriele Hiller-Ohm Thomas Hitschler Dr. Eva Högl Matthias Ilgen Frank Junge Josip Juratovic Thomas Jurk Johannes Kahrs Gabriele Katzmarek Ulrich Kelber Marina Kermer Cansel Kiziltepe Lars Klingbeil Dr. Bärbel Kofler Daniela Kolbe Anette Kramme Helga Kühn-Mengel Christine Lambrecht Christian Lange (Backnang) Dr. Karl Lauterbach Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Gabriele Lösekrug-Möller Kirsten Lüthmann Dr. Birgit Malecha-Nissen Caren Marks Katja Mast Dr. Matthias Miersch Klaus Mindrup Susanne Mittag Detlef Müller (Chemnitz) Dr. Rolf Mützenich Andrea Nahles Dietmar Nietan Ulli Nissen	Thomas Oppermann Mahmut Özdemir (Duisburg) Aydan Özoğuz Markus Paschke Christian Petry Jeannine Pflugradt Detlev Pilger Joachim Poß Florian Post Achim Post (Minden) Dr. Wilhelm Priesmeier Florian Pronold Dr. Simone Raatz Martin Rabanus Mechthild Rawert Stefan Rebmann Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann Sönke Rix Dennis Rohde Dr. Martin Rosemann Dr. Ernst Dieter Rossmann Michael Roth (Heringen) Bernd Rützel Sarah Ryglewski Johann Saathoff Annette Sawade Dr. Hans-Joachim Schabedoth Axel Schäfer (Bochum) Dr. Nina Scheer Marianne Schieder Dr. Dorothee Schlegel Ulla Schmidt (Aachen) Matthias Schmidt (Berlin) Dagmar Schmidt (Wetzlar) Carsten Schneider (Erfurt) Swen Schulz (Spandau) Frank Schwabe Andreas Schwarz Rita Schwarzelühr-Sutter Rainer Spiering Svenja Stadler Martina Stamm-Fibich Sonja Steffen Peer Steinbrück Dr. Frank-Walter Steinmeier Kerstin Tack Claudia Tausend Dr. Karin Thissen Franz Thönnies Carsten Träger Ute Vogt Dirk Vöpel Gabi Weber Bernd Westphal Dirk Wiese	Dagmar Ziegler Stefan Zierke Dr. Jens Zimmermann Manfred Zöllmer Brigitte Zypries	(C)
			Enthalten		
			CDU/CSU		
			Reinhard Grindel Wilfried Oellers Dr. Patrick Sensburg		
			SPD		
			Ingrid Arndt-Brauer Klaus Barthel Willi Brase Marco Bülow Bernhard Daldrup Dr. Daniela De Ridder Michaela Engelmeier Dr. Ute Finckh-Krämer Dr. Edgar Franke Dagmar Freitag Ulrike Gottschalck Kerstin Griese Gabriele Groneberg Michael Groß	(D)	
(B)			Metin Hakverdi Ulrich Hampel Dirk Heidenblut Wolfgang Hellmich Petra Hinz (Essen) Oliver Kaczmarek Ralf Kapschack Arno Klare Birgit Kömpel Dr. Hans-Ulrich Krüger Hilde Mattheis Michelle Müntefering Sabine Poschmann Dr. Sascha Raabe Andreas Rimkus Petra Rode-Bosse René Röspel Udo Schiefner Elfi Scho-Antwerpes Ursula Schulte Ewald Schurer Stefan Schwartz Norbert Spinrath Christoph Strässer Michael Thews Gülistan Yüksel		
	SPD				
	Rainer Arnold Heike Baehrens Ulrike Bahr Heinz-Joachim Barchmann Dr. Katarina Barley Doris Barnett Dr. Matthias Bartke Sören Bartol Bärbel Bas Uwe Beckmeyer Lothar Binding (Heidelberg) Burkhard Blienert Dr. Karl-Heinz Brunner Edelgard Bulmahn Martin Burkert Petra Crone Dr. Karamba Diaby Sabine Dittmar Martin Dörmann Elvira Drobinski-Weiß Siegmund Ehrmann Petra Ernstberger Saskia Esken Karin Evers-Meyer Dr. Johannes Fechner				

Vizepräsidentin Claudia Roth

- (A) Die zweite namentliche Abstimmung fand statt über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zu dem Antrag der Linken mit dem Titel „Verbot von Fracking in Deutschland“ – Drucksachen 18/4810 und 18/8113 –: (C) abgegebene Stimmen 589. Mit Ja haben gestimmt 440, mit Nein haben gestimmt 120, Enthaltungen 29. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Endgültiges Ergebnis			
Abgegebene Stimmen:	589;	Ingrid Fischbach	Thorsten Hoffmann
davon		Dirk Fischer (Hamburg)	(Dortmund)
ja:	440	Axel E. Fischer	Karl Holmeier
nein:	120	(Karlsruhe-Land)	Franz-Josef Holzenkamp
enthalten:	29	Dr. Maria Flachsbarth	Dr. Hendrik Hoppenstedt
		Klaus-Peter Flosbach	Margaret Horb
		Thorsten Frei	Bettina Hornhues
		Dr. Astrid Freudenstein	Charles M. Huber
		Dr. Hans-Peter Friedrich	Anette Hübinger
		(Hof)	Hubert Hüppe
		Michael Frieser	Erich Irlstorfer
		Hans-Joachim Fuchtel	Thomas Jarzombek
		Alexander Funk	Sylvia Jörrißen
		Ingo Gädechens	Dr. Franz Josef Jung
		Dr. Thomas Gebhart	Andreas Jung
		Alois Gerig	Xaver Jung
		Eberhard Gienger	Dr. Egon Jüttner
		Cemile Giousouf	Bartholomäus Kalb
		Josef Göppel	Hans-Werner Kammer
		Ursula Groden-Kranich	Steffen Kampeter
		Hermann Gröhe	Steffen Kanitz
		Klaus-Dieter Gröhler	Alois Karl
		Michael Grosse-Brömer	Anja Karliczek
		Astrid Grotelüschen	Bernhard Kaster
		Markus Grübel	Volker Kauder
		Manfred Grund	Dr. Stefan Kaufmann
		Oliver Grundmann	Roderich Kiesewetter
		Dr. Herlind Gundelach	Dr. Georg Kippels
		Fritz Güntzler	Volkmar Klein
		Christian Haase	Jürgen Klimke
		Florian Hahn	Axel Knoerig
		Dr. Stephan Harbarth	Jens Koeppen
		Jürgen Hardt	Markus Koob
		Gerda Hasselfeldt	Carsten Körber
		Matthias Hauer	Kordula Kovac
		Mark Hauptmann	Gunther Krichbaum
		Dr. Stefan Heck	Rüdiger Kruse
		Dr. Matthias Heider	Bettina Kudla
		Helmut Heiderich	Dr. Roy Kühne
		Mechthild Heil	Günter Lach
		Frank Heinrich (Chemnitz)	Uwe Lagosky
		Mark Helfrich	Dr. Karl A. Lamers
		Uda Heller	Andreas G. Lämmel
		Jörg Hellmuth	Dr. Norbert Lammert
		Michael Hennrich	Katharina Landgraf
		Ansgar Heveling	Ulrich Lange
		Peter Hintze	Barbara Lanzinger
		Dr. Heribert Hirte	Dr. Silke Lauenert
		Christian Hirte	Paul Lehrieder
		Robert Hochbaum	Dr. Katja Leikert
		Alexander Hoffmann	Dr. Philipp Lengsfeld
			Dr. Andreas Lenz
			Dr. Ursula von der Leyen
			Antje Lezius
			Ingbert Liebing
			Matthias Lietz
			Andrea Lindholz
			Dr. Carsten Linnemann
			Patricia Lips
			Wilfried Lorenz
			Dr. Claudia Lücking-Michel
			Dr. Jan-Marco Luczak
			Karin Maag
			Yvonne Magwas
			Thomas Mahlberg
			Gisela Manderla
			Matern von Marschall
			Hans-Georg von der Marwitz
			Stephan Mayer (Altötting)
			Reiner Meier
			Dr. Michael Meister
			Dr. Angela Merkel
			Jan Metzler
			Maria Michalk
			Dr. h.c. Hans Michelbach
			Dr. Mathias Middelberg
			Dietrich Monstadt
			Karsten Möring
			Marlene Mortler
			Volker Mosblech
			Elisabeth Motschmann
			Dr. Gerd Müller
			Carsten Müller
			(Braunschweig)
			Stefan Müller (Erlangen)
			Dr. Philipp Murmann
			Dr. Andreas Nick
			Michaela Noll
			Helmut Nowak
			Dr. Georg Nüßlein
			Julia Obermeier
			Florian Oßner
			Dr. Tim Ostermann
			Henning Otte
			Ingrid Pahlmann
			Sylvia Pantel
			Dr. Martin Pätzold
			Ulrich Petzold
			Dr. Joachim Pfeiffer
			Sibylle Pfeiffer
			Eckhard Pols
			Thomas Rachel
			Kerstin Radomski
			Alexander Radwan

Ja**CDU/CSU**

Stephan Albani
 Katrin Albsteiger
 Artur Auernhammer
 Dorothee Bär
 Thomas Bareiß
 Norbert Barthle
 Günter Baumann
 Maik Beermann
 Manfred Behrens (Börde)
 Veronika Bellmann
 Sybille Benning
 Dr. André Berghegger
 Dr. Christoph Bergner
 Ute Bertram
 Steffen Bilger
 Clemens Binninger
 Wolfgang Bosbach
 Norbert Brackmann
 Klaus Brähmig
 Michael Brand
 Dr. Reinhard Brandl
 Helmut Brandt
 Dr. Ralf Brauksiepe
 Dr. Helge Braun
 Heike Brehmer
 Ralph Brinkhaus
 Cajus Caesar
 Gitta Connemann
 Alexandra Dinges-Dierig
 Alexander Dobrindt
 Michael Donth
 Thomas Dörflinger
 Marie-Luise Dött
 Hansjörg Durz
 Iris Eberl
 Jutta Eckenbach
 Dr. Bernd Fabritius
 Hermann Färber
 Uwe Feiler
 Dr. Thomas Feist
 Enak Ferlemann

(B)

(D)

(A)	Alois Rainer Dr. Peter Ramsauer Eckhardt Rehberg Lothar Riebsamen Josef Rief Dr. Heinz Riesenhuber Johannes Röring Erwin Rüdell Albert Rupprecht Anita Schäfer (Saalstadt) Dr. Wolfgang Schäuble Karl Schiewerling Jana Schimke Norbert Schindler Tankred Schipanski Heiko Schmelzle Christian Schmidt (Fürth) Gabriele Schmidt (Ühlingen) Ronja Schmitt Patrick Schnieder Dr. Ole Schröder Dr. Kristina Schröder (Wiesbaden) Bernhard Schulte-Drüggelte Dr. Klaus-Peter Schulze Uwe Schummer Armin Schuster (Weil am Rhein)	Dr. Peter Tauber Antje Tillmann Astrid Timmermann-Fechter Dr. Hans-Peter Uhl Dr. Volker Ullrich Arnold Vaatz Oswin Veith Thomas Vieseon Michael Vietz Volkmar Vogel (Kleinsaara) Sven Volmering Christel Voßbeck-Kayser Kees de Vries Dr. Johann Wadephul Marco Wanderwitz Nina Warken Kai Wegner Albert Weiler Marcus Weinberg (Hamburg) Dr. Anja Weisgerber Peter Weiß (Emmendingen) Sabine Weiss (Wesel I) Ingo Wellenreuther Karl-Georg Wellmann Marian Wendt Waldemar Westermayer Kai Whittaker Peter Wichtel Heinz Wiese (Ehingen) Klaus-Peter Willsch Elisabeth Winkelmeier-Becker Oliver Wittke Dagmar G. Wöhrl Barbara Woltmann Tobias Zech Heinrich Zertik Emmi Zeulner Dr. Matthias Zimmer Gudrun Zollner	Petra Crone Dr. Karamba Diaby Sabine Dittmar Martin Dörmann Elvira Drobinski-Weiß Siegmund Ehrmann Petra Ernstberger Saskia Esken Karin Evers-Meyer Dr. Johannes Fechner Dr. Fritz Felgentreu Elke Ferner Dr. Ute Finckh-Krämer Christian Flisek Gabriele Fograscher Dr. Edgar Franke Ulrich Freese Dagmar Freitag Michael Gerdes Martin Gerster Angelika Glöckner Gabriele Groneberg Uli Grötsch Wolfgang Gunkel Bettina Hagedorn Rita Hagl-Kehl Sebastian Hartmann Michael Hartmann (Wackernheim) Hubertus Heil (Peine) Gabriela Heinrich Marcus Held Wolfgang Hellmich Dr. Barbara Hendricks Heidtrud Henn Gustav Herzog Gabriele Hiller-Ohm Thomas Hitschler Dr. Eva Högl Matthias Ilgen Frank Junge Josip Juratovic Thomas Jurk Johannes Kahrs Gabriele Katzmarek Ulrich Kelber Marina Kermer Cansel Kiziltepe Arno Klare Lars Klingbeil Dr. Bärbel Kofler Daniela Kolbe Birgit Kömpel Anette Kramme Helga Kühn-Mengel Christine Lambrecht Christian Lange (Backnang)	Dr. Karl Lauterbach Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Gabriele Lösekrug-Möller Kirsten Lühmann Dr. Birgit Malecha-Nissen Caren Marks Katja Mast Hilde Mattheis Dr. Matthias Miersch Klaus Mindrup Susanne Mittag Detlef Müller (Chemnitz) Michelle Müntefering Dr. Rolf Mützenich Andrea Nahles Dietmar Nietan Ulli Nissen Thomas Oppermann Mahmut Özdemir (Duisburg) Aydan Özoğuz Markus Paschke Christian Petry Jeannine Pflugradt Detlev Pilger Joachim Poß Florian Post Achim Post (Minden)	(C)
(B)	Christina Schwarzer Detlef Seif Johannes Selle Reinhold Sendker Dr. Patrick Sensburg Bernd Siebert Thomas Silberhorn Johannes Singhammer Tino Sorge Jens Spahn Carola Stauche Dr. Wolfgang Stefinger Albert Stegemann Peter Stein Erika Steinbach Sebastian Steineke Johannes Steiniger Christian Frhr. von Stetten Dieter Stier Rita Stockhove Gero Storzjohann Stephan Stracke Max Straubinger Matthäus Strebl Karin Strenz Thomas Stritzl Lena Strothmann Michael Stübgen Dr. Sabine Sütterlin-Waack	SPD Rainer Arnold Heike Baehrens Ulrike Bahr Heinz-Joachim Barchmann Dr. Katarina Barley Doris Barnett Dr. Matthias Bartke Sören Bartol Bärbel Bas Uwe Beckmeyer Burkhard Blienert Willi Brase Dr. Karl-Heinz Brunner Edelgard Bulmahn Martin Burkert	Michael Hartmann (Wackernheim) Hubertus Heil (Peine) Gabriela Heinrich Marcus Held Wolfgang Hellmich Dr. Barbara Hendricks Heidtrud Henn Gustav Herzog Gabriele Hiller-Ohm Thomas Hitschler Dr. Eva Högl Matthias Ilgen Frank Junge Josip Juratovic Thomas Jurk Johannes Kahrs Gabriele Katzmarek Ulrich Kelber Marina Kermer Cansel Kiziltepe Arno Klare Lars Klingbeil Dr. Bärbel Kofler Daniela Kolbe Birgit Kömpel Anette Kramme Helga Kühn-Mengel Christine Lambrecht Christian Lange (Backnang)	Dr. Karl Lauterbach Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Gabriele Lösekrug-Möller Kirsten Lühmann Dr. Birgit Malecha-Nissen Caren Marks Katja Mast Hilde Mattheis Dr. Matthias Miersch Klaus Mindrup Susanne Mittag Detlef Müller (Chemnitz) Michelle Müntefering Dr. Rolf Mützenich Andrea Nahles Dietmar Nietan Ulli Nissen Thomas Oppermann Mahmut Özdemir (Duisburg) Aydan Özoğuz Markus Paschke Christian Petry Jeannine Pflugradt Detlev Pilger Joachim Poß Florian Post Achim Post (Minden) Dr. Wilhelm Priesmeier Florian Pronold Dr. Simone Raatz Martin Rabanus Mechthild Rawert Stefan Rebmann Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann Sönke Rix Dennis Rohde Dr. Martin Rosemann Dr. Ernst Dieter Rossmann Michael Roth (Heringen) Bernd Rützel Sarah Ryglewski Johann Saathoff Annette Sawade Dr. Hans-Joachim Schabedoth Axel Schäfer (Bochum) Dr. Nina Scheer Marianne Schieder Udo Schiefner Dr. Dorothee Schlegel Ulla Schmidt (Aachen) Matthias Schmidt (Berlin) Dagmar Schmidt (Wetzlar) Carsten Schneider (Erfurt)	(D)

- | | | | | | |
|-----|--|--|--|--|-----|
| (A) | <p>Elfi Scho-Antwerpes
Swen Schulz (Spandau)
Frank Schwabe
Stefan Schwartz
Andreas Schwarz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Rainer Spiering
Norbert Spinrath
Svenja Stadler
Martina Stamm-Fibich
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Kerstin Tack
Claudia Tausend
Dr. Karin Thissen
Franz Thönnies
Carsten Träger
Ute Vogt
Dirk Vöpel
Gabi Weber
Bernd Westphal
Dirk Wiese
Dagmar Ziegler
Stefan Zierke
Dr. Jens Zimmermann
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries</p> | <p>Annette Groth
Dr. André Hahn
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Andrej Hunko
Sigrid Hupach
Ulla Jelpke
Susanna Karawanskij
Kerstin Kassner
Katja Kipping
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Stefan Liebich
Dr. Gesine Löttsch
Thomas Lutze
Birgit Menz
Cornelia Möhring
Niema Movassat
Norbert Müller (Potsdam)
Dr. Alexander S. Neu
Thomas Nord
Petra Pau
Harald Petzold (Havelland)
Richard Pitterle
Martina Renner
Michael Schlecht
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Dr. Kirsten Tackmann
Azize Tank
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Dr. Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Katrin Werner
Birgit Wöllert
Jörn Wunderlich
Hubertus Zdebel
Pia Zimmermann
Sabine Zimmermann
(Zwickau)</p> | <p>BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN</p> <p>Luise Amtsberg
Kerstin Andreae
Annalena Baerbock
Volker Beck (Köln)
Dr. Franziska Brantner
Agnieszka Brugger
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Katharina Dröge
Harald Ebner
Dr. Thomas Gambke
Matthias Gastel
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Dieter Janecek
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Stephan Kühn (Dresden)
Christian Kühn (Tübingen)
Renate Künast
Markus Kurth
Monika Lazar
Steffi Lemke
Dr. Tobias Lindner
Peter Meiwald
Irene Mihalic
Beate Müller-Gemmeke
Özcan Mutlu
Dr. Konstantin von Notz
Friedrich Ostendorff
Cem Özdemir
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Corinna Rütter
Manuel Sarrazin</p> | <p>Ulle Schauws
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Kordula Schulz-Asche
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Dr. Julia Verlinden
Doris Wagner
Beate Walter-Rosenheimer</p> <p>Enthalten</p> <p>CDU/CSU</p> <p>Reinhard Grindel
Wilfried Oellers
Martin Patzelt</p> <p>SPD</p> <p>Ingrid Arndt-Brauer
Klaus Barthel
Marco Bülow
Bernhard Daldrup
Dr. Daniela De Ridder
Michaela Engelmeier
Ulrike Gottschalck
Kerstin Griese
Michael Groß
Metin Hakverdi
Ulrich Hampel
Dirk Heidenblut
Petra Hinz (Essen)
Oliver Kaczmarek
Ralf Kapschack
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Sabine Poschmann
Dr. Sascha Raabe
Andreas Rimkus
Petra Rode-Bosse
René Röspel
Ursula Schulte
Ewald Schurer
Christoph Strässer
Michael Thews
Gülistan Yüksel</p> | (C) |
| (B) | <p>Nein</p> <p>SPD</p> <p>Christina Jantz-Herrmann</p> <p>DIE LINKE</p> <p>Jan van Aken
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Nicole Gohlke</p> | | | | (D) |

Dann geht es jetzt in der Aktuellen Stunde weiter. Das Wort hat Markus Kurth für Bündnis 90/Die Grünen.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schiewerling, Sie haben eine sorgsame Debatte und

eine vernünftige klare Linie angemahnt. Ich nehme einmal an, Sie haben hauptsächlich Herrn Seehofer, Herrn Gabriel und Herrn Schäuble im Kopf gehabt, als Sie davon gesprochen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Markus Kurth

- (A) Was wir hier im Moment erleben, sind die rentenpolitischen Chaoswochen der Großen Koalition.

Fangen wir mit Herrn Seehofer an, der von der Neoliberalisierung der Rente gesprochen hat. Das ist eine Tonlage, die sogar der Linken gut gefallen hat.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Was heißt denn „sogar“?)

Nun kann man wirklich – wir sind die erste und einzige Fraktion, die Riester mit beschlossen hat und dazu jetzt einen Antrag eingebracht hat – sehen, dass die Riester-Rente die ihr zuge dachte Funktion so nicht erfüllt. Wir haben mit dem Basisprodukt Alternativen aufgezeigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber die CSU ist wirklich die letzte Partei, die sich zum Rentenniveau und zur Riester-Rente äußern darf, weil sie nichts, aber auch wirklich nichts vorgelegt und konstruktiv nichts dazu beigetragen hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man gewinnt den Eindruck, dass Herr Seehofer Orban als sein Vorbild ansieht, angstgetrieben wie er ist: erstens aggressive Haltung gegenüber Flüchtlingen, zweitens antieuropäische Gesinnung und jetzt kommt drittens noch sozialpolitischer Populismus vom Übelsten hinzu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Meine Damen und Herren, ich finde, dass die Linke, die diese Aktuelle Stunde beantragt hat, an dieser Stelle leider tatsächlich einem ganz ähnlichen Muster folgt: Sahra Wagenknecht spielt gegenüber Flüchtlingen die nationale Karte.

(Dr. Sahra Wagenknecht [DIE LINKE]: Das ist ja unverschämt!)

Sie haben die EU ständig als Projekt des Imperialismus diffamiert. Jetzt kommt auch noch der sozialpolitische Populismus mit letzten Endes nicht finanzierbaren Programmen dazu.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Markus, das weißt du doch besser!)

CSU, AfD, Linke – die Troika des Populismus!

Was ich wirklich schlimm finde: Jetzt meint auch noch Gabriel von der stolzen Sozialdemokratischen Partei, er müsse sich dazugesellen, indem er hier erzählt, das Rentenniveau müsse sofort auf dem heutigen Niveau stabilisiert werden, ohne auch nur einen Schimmer oder eine Idee zu haben, wie man so etwas finanzieren kann. Ähnlich wie bei der Riester-Rente sagen wir auch hier nicht, dass alles in Butter ist. Natürlich muss man über das Rentenniveau diskutieren, auch darüber, ob die Absenkung des Rentenniveaus angesichts der Perspektive bis 2030 nicht vorher abgefedert werden muss. Das diskutieren

wir übrigens in unserer Rentenkommission und auch im Herbst auf unserem Parteitag. (C)

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Oh! Tatsächlich?)

Aber diese Art des hektischen, von Panik getriebenen Vorspringens, ohne sich irgendetwas zu überlegen, kostet Sie Glaubwürdigkeit bei den Menschen. Ich sage Ihnen: Damit stabilisieren Sie nicht das Rentenniveau, sondern Politikverdrossenheit und Rechtspopulismus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ganze hat auch nur 24 Stunden gehalten. Dann hat Frau Fahimi gesagt – so stand es in der *Berliner Zeitung* –: „Der demografische Faktor lässt sich nicht negieren.“ Das ist erst einmal interessant. Glückwunsch! Das ist dieselbe Frau Fahimi, die noch vor zwei Jahren bejubelt hat, dass das Rentenpaket nicht über Steuern finanziert wird – die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler müssen nämlich dafür aufkommen. Müntefering hätte noch hinzugefügt: „Da reicht Volksschule Sauerland“; aber das reicht für Herrn Gabriel offensichtlich nicht. Wenn Sie so weitermachen, dann werden die Prozen te der SPD bei der nächsten Bundestagswahl weniger sein als der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung, und das ist traurig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um das Chaos komplett zu machen, glaubte dann Herr Schäuble wahrscheinlich, er dürfe jetzt nicht abseits stehen: Er schlug nonchalant die Rente mit 70 vor und verunsicherte die Leute damit zusätzlich. Da sage ich: Wir Grüne haben hier einen Antrag zu flexiblen Renteneintritten eingebracht. Sie sind natürlich vernünftig; aber da muss man auch an die denken, die gesundheitlich nicht mehr können und vielleicht auch schon vorher in Rente gehen müssen. Nur wenn man überlegte und flexible Antworten hat, kann man sich über das Renteneintrittsalter unterhalten. Aber so, wie es Herr Schäuble tut, verschreckt man doch alle und jagt den Leuten Angst ein. Das ist vollkommen kontraproduktiv. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss schon sagen: Das, was wir hier in den letzten Wochen erlebt haben, ist ein Panoptikum der Panikpolitik. Ich kann wirklich nur sagen: Schauen Sie sich an, was wir machen! Wir gehen tatsächlich überlegt vor, seit zwei Jahren, in einem organisierten Prozess. Wir behaupten nicht, alles wäre in Butter, aber versprechen auch nicht das Blaue vom Himmel, sondern bemühen uns tatsächlich um Verlässlichkeit. Das bringt uns um den einen oder anderen Knalleffekt; damit kommt man nicht immer auf Seite eins in der Zeitung. Aber ich glaube, am Ende des Tages ist es das Wichtigste, dass sich Beitragszahlerinnen und Beitragszahler, Rentnerinnen und Rentner auf die Aussagen der Politik verlassen können, auch wenn sie nicht spektakulär sind. Das ist das Entscheidende, und dafür stehen wir als Bündnis 90/Die Grünen. Wenn man so will, sind wir die einzige vernünftige Rentnerpartei hier im Deutschen Bundestag.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Markus Kurth

(A) Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Das Wort hat der Kollege Dr. Martin Rosemann für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Martin Rosemann (SPD):

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Markus Kurth, Sie haben von Hektik und Panik in der Großen Koalition gesprochen. Hektik und Panik waren doch eher die Attribute Ihres Auftritts hier.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Jetzt also einmal ganz ruhig und ganz langsam:

(Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Inhalte!)

Mit unserem Rentensystem müssen wir Lebensleistung anerkennen und Altersarmut verhindern. Diejenigen, die ihr Leben lang gearbeitet und dieses System mitgetragen haben, müssen sich im Alter darauf verlassen können. Das, meine Damen und Herren, ist das zentrale Versprechen unseres Sozialstaats.

(B) Unser Rentensystem – Karl Schiewerling hat darauf hingewiesen – steht derzeit gut da, deutlich besser, als noch vor 10 Jahren oder 15 Jahren vorhergesagt. Sigmar Gabriel, unser Parteivorsitzender, hat aber ein zentrales Problem angesprochen, nämlich dass das Rentenniveau auch langfristig nicht in Richtung 40 Prozent sinken darf.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er ja nicht gesagt! Er meinte, es auf heutigem Niveau zu stabilisieren!)

Aber wie stabilisiert man das Rentenniveau?

Erstens. Das Rentenniveau stabilisiert man am allerbesten durch eine gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Deswegen müssen wir die Rahmenbedingungen weiter so gestalten, dass möglichst viele Menschen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zweitens. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssen konsequenterweise auch von allen getragen werden, also über Steuermittel. Ein erster guter Start wäre, die Mütterrente vollständig über Steuern zu finanzieren.

(Beifall der Abg. Dr. Carola Reimann [SPD])

Wenn die CSU ihre Haltung hierzu geändert hat, dann freut mich das. Wir sind zu Veränderungen bereit.

(Beifall bei der SPD)

Es ist klar: Die demografischen Herausforderungen, die sinkende Geburtenrate zum einen und die steigende

Lebenserwartung zum anderen, können wir nur mit zwei starken Säulen bewältigen. Ein Blick in andere Länder zeigt, dass diejenigen Länder das höchste Sicherungsniveau haben, die beides haben: eine erste starke gesetzliche umlagefinanzierte oder steuerfinanzierte Säule und eine zweite starke kapitalgedeckte Säule. Deshalb arbeiten wir gerade daran, eine stärkere Verbreitung von betrieblicher Altersvorsorge in Deutschland zu ermöglichen. (C)

Dabei gibt es drei Aspekte, die für mich von zentraler Bedeutung sind. Erstens. Statt individueller Lösungen brauchen wir große kollektive Lösungen. Wir müssen den Tarifpartnern mehr Handlungsspielraum geben und sie gleichzeitig stärker in die Pflicht nehmen. Zweitens. Geringverdiener müssen mehr profitieren und besser gefördert werden. Drittens. Wir müssen nicht nur die Beschäftigten von großen Unternehmen, sondern auch von kleinen und mittleren Unternehmen erreichen. Ich füge hinzu: Das werden wir am Ende nur durch ein verpflichtendes System, das eine stärkere finanzielle Beteiligung des Arbeitgebers vorsieht, hinbekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit den von mir genannten Maßnahmen können wir das Sicherungsniveau insgesamt stabilisieren. Altersarmut hat aber viele Ursachen, und die wesentlichen liegen in der Versicherungsbiografie: in langen Phasen der Arbeitslosigkeit, in langen Familienphasen, in geringfügiger Beschäftigung, in Teilzeit mit geringer Stundenzahl, in Selbstständigkeit ohne Absicherung

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Im Niedriglohnssektor!)

und im Niedriglohn. Von Armut im Alter sind vor allem Frauen betroffen. Altersarmut ist also nicht nur eine Frage des Rentenniveaus, sondern auch eine Frage der Ausgestaltung des Rentensystems an anderer Stelle und der Frage, wie unser Arbeitsmarkt funktioniert. (D)

Ich finde, wir haben in dieser Koalition schon vieles auf den Weg gebracht. Wir haben die Erwerbsminderungsrente gestärkt, aber das wird freilich nicht reichen. Um Altersarmut erfolgreich zu bekämpfen, brauchen wir mehr Mindestsicherung in der Rente. Deshalb werden wir die solidarische Lebensleistungsrente auf den Weg bringen, mit der wir geringe Renten aufwerten werden. Diese Mindestrente ist quasi die kleine Schwester des Mindestlohns.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr klein!)

Für uns Sozialdemokraten gilt: Wer 40 Jahre lang gearbeitet hat, muss mehr haben als Grundsicherung.

(Beifall bei der SPD – Dr. Sahra Wagenknecht [DIE LINKE]: 25 Euro mehr! Großartig!)

Und schließlich: Altersarmut von morgen verhindern wir, indem wir die Weichen im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt richtig stellen; denn es gibt einen Zusammenhang zwischen guter Bildung und guter Arbeit, zwischen guten Löhnen und guter Rente. Deswegen arbeiten wir an vielen Stellen daran, gleiche Bildungschancen und gute Förderung von Beginn an zu schaffen. Des-

Dr. Martin Rosemann

- (A) halb haben wir den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt, und deshalb stärken wir die Tarifautonomie. Deshalb müssen wir Selbstständige in die Systeme der sozialen Sicherung, auch in die Rentenversicherung, einbeziehen. Deshalb regulieren wir Leiharbeit und Werkverträge. Deshalb arbeiten wir daran, das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Frauen und Männer zu stärken. Deshalb arbeiten wir an unterschiedlichen Stellen daran, Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen besser zu verteilen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss: Wir brauchen jetzt keine neue Debatte über ein höheres festes Renteneintrittsalter.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Vielmehr müssen wir die Möglichkeiten verbessern, flexibel aus dem Arbeitsleben auszusteigen, um unterschiedlichen individuellen Situationen gerecht zu werden. Wir müssen dafür sorgen, dass es Menschen bei guter Gesundheit schaffen, das gesetzliche Renteneintrittsalter überhaupt zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu müssen wir – das werden wir auch tun – schleunigst das umsetzen, was wir unter der Überschrift „flexible Übergänge“ in der Koalitionsarbeitsgruppe verabredet haben.

- (B) **Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Und Sie müssen schleunigst zum Schluss kommen.

Dr. Martin Rosemann (SPD):

Meine Damen und Herren, nicht nur die ältere Generation, sondern auch die junge Generation darf das Vertrauen in unsere Alterssicherungssysteme nicht verlieren. Wie die ältere Generation muss sie sich als zukünftige Rentnergeneration auf eine gute Absicherung im Alter verlassen können. Dafür müssen wir sorgen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Darf ich die Rednerinnen und Redner darauf hinweisen, dass sich vorne am Redepult eine Leiste befindet, an der manchmal das Wort „Präsident“ aufleuchtet? Das müsste man vielleicht geschlechtergerecht verändern.

(Beifall der Abg. Gabriele Hiller-Ohm [SPD])

Das heißt, die Redezeit ist zu Ende. Ich bitte Sie wirklich, sich einigermaßen an die vorgegebene Redezeit zu halten. Also: Wenn es vorne leuchtet, wird es eng.

Der nächste Kollege, der das Wort ergreift, ist Peter Weiß für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rente ist

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sicher!)

der zentrale Bestandteil, die zentrale Säule des deutschen Sozialstaats. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land wollen vor allen Dingen eines wissen: Kann ich mich, wenn ich von dem Lohn für meine Arbeit jeden Monat meine Beiträge abgeführt habe, darauf verlassen, dass diese Säule mich im Alter wirklich trägt? Das wollen sie von uns klar und deutlich und vernünftig erklärt bekommen, und ohne Polemik. Deswegen war das, was die Oppositionsvertreter in dieser Aktuellen Stunde bislang geleistet haben – sie haben hier eine polemische Show abgezogen –, nichts, was das Vertrauen in die Rente stärkt, sondern etwas, was in Wahrheit das Misstrauen in die Rente stärkt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber der Herr Seehofer stärkt das Vertrauen, oder was? Und Herr Schäuble stärkt das Vertrauen? – Gegenruf von der LINKEN: Der war gut!)

Das sinkende Rentenniveau ist kein Naturgesetz.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das ist richtig! Das ist Menschenwerk!)

Mit der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt, mit der guten wirtschaftlichen Entwicklung im Land haben wir es geschafft, dass mit der Rentenanpassung im Jahr 2015 und der Rentenanpassung, die es zum 1. Juli 2016, also dieses Jahr, geben wird, das Rentenniveau nicht weiter sinkt, sondern stabilisiert wird. Das zeigt: Das zentrale Element einer Stärkung des Rentenniveaus ist eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Politik, wie wir sie in diesen Tagen mit Erfolg betreiben. Deswegen ist die allerwichtigste Botschaft an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land: Eure Rente ist sicher, wenn wir weiter eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Politik betreiben und auf jeden Fall nicht das tun, was uns die Linken raten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nun muss man allerdings auch sagen: Die Rentenreform, die Rot-Grün mit Walter Riester 2001 gemacht hat, hat offenkundig Mängel.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das ist richtig!)

Insbesondere für die Zeit nach 2030 gibt es in dem von Rot-Grün geschaffenen Gesetz, was das Rentenniveau angeht, überhaupt keine Grenze nach unten. Natürlich erwarten die mittlere und die jüngere Generation, dass wir ihnen eine klare Ansage machen, dass das Rentenniveau nicht ins Bodenlose fallen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

(D)

Peter Weiß (Emmendingen)

- (A) Deshalb werden wir nicht umhinkommen, den Fehler von 2001 zu korrigieren und ein Mindestsicherungs-niveau in der Rente auch für die Zukunft, auch für die junge Generation festzuschreiben.

Die rot-grüne Reform von 2001 sah vor, dass durch eine starke öffentliche Förderung jeder eine ergänzende Betriebsrente aufbauen kann und eine ergänzende private Altersvorsorge in Form der Riester-Rente. Doch auch dieser Reformteil von 2001 ist unvollständig geblieben. Spätestens seit dem Jahr 2009 erleben wir, dass die Zahl der Betriebsrentner und die Zahl derer, die einen Riester-Sparvertrag abschließen, nicht mehr steigt, sondern stagniert, sprich: Für immer mehr Menschen tut sich eine riesige Versorgungslücke auf, wenn sich da nichts verändert.

Man kann es so machen wie die Linke und sagen: Alles, was damals beschlossen worden ist, wird wieder abgeschafft. Alles ist Quatsch. Zurück in die rentenpolitische Steinzeit.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Der Punkt ist aber: Was die Linke vorschlägt – alles kaputtmachen –,

(Widerspruch bei der LINKEN)

ist keine Lösung für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Die Lösung für die Zukunft kann nur sein – der Kollege Rosemann hat darauf hingewiesen, dass es andere Länder genauso machen –, dass wir eine starke gesetzliche Rente haben, die die Grundabsicherung für das Alter darstellt und immer die stärkste Säule der Altersversorgung bleiben wird, und dass dazu zwingend eine Zusatzrente gehört, weil man nur dann im Alter einigermaßen anständig leben kann. Das ist unser Ziel.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Stellen Sie doch die Parität wieder her!)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der zweite Teil der Reformnotwendigkeit, dass wir die Steine wegräumen, die es heute Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – vor allem Geringverdienern – als unattraktiv erscheinen lassen, in Sachen Zusatzrente etwas zu machen.

(Sabine Zimmermann [Zwickau] [DIE LINKE]: Die haben kein Geld!)

Wir als Große Koalition haben in der Koalitionsvereinbarung gesagt: Wir wollen uns als Erstes an die betriebliche Altersversorgung machen. – Dazu liegen seit anderthalb Wochen die beiden Gutachten vor, die vom Arbeits- und vom Finanzministerium in Auftrag gegeben wurden. Sie wurden offensichtlich von der Opposition nicht gelesen; denn dazu wurde kein Wort in dieser Debatte gesagt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde bemerkenswert, was da vorgeschlagen wird: ein eigener finanzieller Förderbetrag für Geringverdiener für eine betriebliche Altersversorgung, eine Entlastung für kleine und mittel-

ständige Unternehmen, wenn sie bereit sind, in betriebliche Altersvorsorge einzusteigen. Das sind Anreize, die sich sehen lassen können und die auch finanziell attraktiv sind. Deshalb ist unsere Botschaft: Wir wollen eine starke gesetzliche Rente plus eine starke Zusatzrente. (C)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Dann macht es doch mal!)

Das ist das Zukunftskonzept, das ein auskömmliches Einkommen im Alter sichert. Das sollten wir den deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sagen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Peter Weiß. – Jetzt hat das Wort Matthias W. Birkwald für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Koalition kann zurzeit anscheinend jeder zur Rentenpolitik sagen, was er will. Horst Seehofer und Sigmar Gabriel kümmern sich auf einmal um das Rentenniveau. Die Rentenministerin Andrea Nahles redet seit einem Jahr über Betriebsrenten, flexible Renteneinstiege und eine sogenannte Lebensleistungsrente, die ihrem Namen Hohn spricht. Gesetzentwürfe dazu gibt es nicht. Wolfgang Schäuble fordert: Malochen bis zum Sterben minus x. – Da sage ich, Herr Schiewerling: Damit versetzt er viele Menschen in Angst und Schrecken. Das ist völlig neben der Kappe. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Was tut die Bundeskanzlerin? Sie warnt mit CDU/CSU-Fraktionschef Kauder vor einem Rentenwahlkampf. Ich sage Ihnen: Es wird einen Rentenwahlkampf geben. Die Gewerkschaften werden schon im Herbst eine Kampagne für eine höhere gesetzliche Rente starten. Die Linke hat keine Angst vor einem Rentenwahlkampf.

Wir wissen auch: Je höher die Löhne, desto besser die Rente. Darum wünschen wir Linken allen derzeit streikenden Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst von ganzem Herzen viel Erfolg für ihren Kampf um höhere Löhne und eine gute Altersversorgung.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir Linken sagen schon seit 2012: Riester ist gescheitert. – Im Gegensatz zu den Grünen, Markus Kurth, hat das jetzt auch Horst Seehofer verstanden – prima. Darum fordern wir, dass alle Riester-Sparer und -Sparerinnen ihr Geld von den Versicherungen freiwillig in die gesetzliche Rentenversicherung überführen dürfen sollten. Da kostet es nämlich keine Provision. Da ist es vor allem sicher.

(Beifall bei der LINKEN)

Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard wieder sichern, und sie muss vor Altersarmut schützen. Dazu brauchen wir eine große Rentenreform. Das Rentenkon-

Matthias W. Birkwald

- (A) zept der Linken umfasst elf Punkte, hier die drei wichtigsten:

Erstens. Alle Menschen mit Erwerbseinkommen müssen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen – auch die Ärztin, der Bundestagsabgeordnete, die verbeamteten Staatssekretäre und die Selbstständigen. Für Langzeiterwerbslose müssen endlich wieder Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Es muss gelten: Wer 10 000 Euro Gehalt hat, muss auch für 10 000 Euro Beiträge zahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beitragsbemessungsgrenze muss schrittweise aufgehoben werden.

Drittens. Das Wichtigste ist, Herr Weiß: Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Das ist nämlich das Rentenniveau, das wir im Jahr 2000 hatten, bevor Gerhard Schröder, SPD, Walter Riester, SPD, und die Grünen, Markus Kurth, die Rente in den Sinkflug geschickt haben.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein höheres Rentenniveau zu fordern, ist kein Populismus, lieber Markus, das ist auch finanzierbar.

- (B) Jetzt rechne ich Ihnen allen hier einmal vor, was das kostet und wie viel mehr Rente das bringt. Wer zum Beispiel in Köln lebt und in 45 Arbeitsjahren immer durchschnittlich verdient hat und am 1. Juli in Rente geht, wird 1 370 Euro Rente erhalten. Auf diesem Niveau will Sigmar Gabriel es einfrieren; das sagt er jedenfalls.

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Das ist Unsinn!)

Wir Linken wollen das Rentenniveau auf 53 Prozent anheben. Das würde den Lebensstandard sichern. Der Rentner hätte dann eine Rente von 1 522 Euro brutto. Das sind 152 Euro mehr Rente – ganz ohne Riester.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich weiß, viele Menschen schaffen keine 45 Arbeitsjahre, und viele haben deutlich unterdurchschnittliche Löhne. Aber lassen Sie uns einmal beim Durchschnitt bleiben. Was müsste denn eine durchschnittlich verdienende Beschäftigte mit 3 022 Euro brutto für 152 Euro mehr Rente mehr an Beitrag zahlen, Herr Staatssekretär Spahn? Nur 35 Euro. Ihr Arbeitgeber müsste ebenfalls 35 Euro mehr zahlen. Ich sage Ihnen: Das schafft kein Riester-Vertrag.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD])

Die jungen Leute wären auch bereit, Herr Dr. Rosemann, diese knapp 35 Euro zu zahlen. Das behaupte nicht ich, nein, das hat eine Studie der IG Metall ergeben. 72 Prozent der befragten 18- bis 34-Jährigen wären bereit, höhere Rentenbeiträge zu zahlen, wenn sie später eine gute Rente erhielten und wenn sie sich nicht

- durch das Kleingedruckte von 5 000 verschiedenen Riester-Verträgen wühlen müssten. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie uns die gesetzliche Rente stärken. Wenn die Arbeitgeber wieder ihren Anteil zahlten, wäre eine gute Rente möglich. In Österreich, Herr Kollege Weiß, gibt es die schon seit Jahrzehnten. Dort zahlen alle Erwerbstätigen in die Rentenkassen ein, auch Beamte und auch Politiker und Politikerinnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dort sind die Rentenbeiträge höher als in Deutschland und seit 28 Jahren stabil. Dort zahlen die Arbeitgeber sogar mehr ein als die Beschäftigten. Deshalb sind die Renten deutlich höher als in Deutschland. Ein langjährig versicherter Mann, der 2013 in Rente ging, erhält in Österreich 1 820 Euro Rente. Das sind 770 Euro mehr im Monat, als ein vergleichbarer Mann in Deutschland Rente bekommt. 770 Euro! Jeden Monat! – Und alles über die gesetzliche Rente. Würden wir das so machen, gäbe es auch bei uns weniger Altersarmut.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Für all diejenigen, die trotz eines höheren Rentenniveaus nur eine niedrige Rente bekämen, bräuchten wir innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung eine solidarische Mindestrente. Sie soll als Zuschlag nach einer Einkommens- und Vermögensprüfung aus Steuermitteln gezahlt werden. Die Linke kämpft dafür, dass niemand im Alter von weniger als 1 050 Euro leben muss.

Herzlichen Dank. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Kollege Birkwald. – Das Wort hat jetzt Daniela Kolbe für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Daniela Kolbe (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Puh, Matthias, was für eine Rede. Ich versuche einmal, die Debatte wieder ein bisschen runterzubringen

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der LINKEN)

und mit dem Gedanken einzusteigen, dass angesichts der extrem niedrigen Zinsen und einer exzellenten Arbeitsmarktlage eines noch einmal ganz deutlich wird: Unser Prinzip der gesetzlichen Rentenversicherung, dass Menschen für Menschen eintreten, führt zu einem kongenialen System, und wir können stolz sein, dass wir ein stabiles Rentensystem in Deutschland haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Aber ganz klar: Wir haben große Themen vor der Brust. Das Thema Rentenniveau ist eines, das uns in den kommenden Jahren begleiten wird. Da müssen wir ran. Jeder Politiker muss verantwortungsvoll damit umgehen

Daniela Kolbe

- (A) und sich des Themas annehmen. Aber auch andere Themen stehen auf der Tagesordnung: Gerechtigkeitslücken, die es gibt, etwa Altersarmut, die wegen gebrochener Erwerbsbiografien oder sehr niedriger Löhne in manchen Branchen immer mehr auftaucht, und eben auch das Thema der unterschiedlichen Rentensysteme in Ost und West, die sich offenkundig nicht von alleine aneinander angleichen.

Ich kann ja die Opposition und insbesondere die Linke verstehen, dass ihr schon im hektischen Wahlkampfmodus seid.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nein, hektisch nicht! – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Wir doch nicht!)

Aber wir als SPD regieren, und wir haben noch einiges vor. Wir haben einige sehr gute Inhalte in den Koalitionsvertrag hineingekämpft und wollen sie umsetzen. Dass wir das auch tun, haben wir mit der Rente mit 63 und mit der Mütterrente bewiesen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und damit das Niveau geschwächt!)

Andere Themen wie die solidarische Lebensleistungsrente als ersten Schritt gegen Altersarmut, die Betriebsrenten

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ja eher ein CDU-Konzept!)

(B)

und die Rentenangleichung zwischen Ost und West stehen uns noch bevor. Auch sie werden wir angehen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da bin ich ja mal gespannt!)

Zum Thema „Ost und West“ will ich ein paar Sätze mehr sagen. Zurückblickend auf die Zeit der friedlichen Revolution kann man erst einmal festhalten, dass die Rentenüberleitung eine riesengroße Leistung war. Zu DDR-Zeiten und in der Nachwendezeit hatten wir in der ehemaligen DDR extrem niedrige Löhne. Diese sind dann sehr stark hochgewertet worden, damit überhaupt erst einmal Rentenpunkte auf den Rentenkonten der ehemaligen DDR-Bürger gelandet sind. Bei Rentenauszahlung werden sie mit dem Rentenwert multipliziert; so ergibt sich dann die Höhe der Rente. Der Rentenwert ist in Ostdeutschland niedriger als in Westdeutschland. Das Prinzip ist im Grunde immer noch dasselbe: Die Löhne werden hochgewertet. Ein Rentenpunkt ist in Ostdeutschland also leichter zu erwerben; aber der bei Auszahlung angewendete Rentenwert ist niedriger. Im Moment liegt er bei 94 Prozent des Westwertes.

Differenzen gibt es aber nicht nur bei Erwerbseinkommen, sondern auch bei Rentenpunkten, die etwa im Rahmen der Mütterrente erworben werden. Auch für sie wird weniger Rente ausbezahlt als in Westdeutschland.

Ich höre ganz oft die Frage: Ist denn meine Erziehungszeit in Ostdeutschland weniger wert als die Erziehungszeit in Westdeutschland? (C)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Berechtigte Frage!)

Auch ich bin ja nicht mehr ganz jung;

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Ach, das ist alles relativ!)

ich war zur Zeit der friedlichen Revolution neun Jahre alt. Aber auch ich persönlich frage mich: Wann kommen wir denn endlich zu einem einheitlichen Rentensystem? Wann vollenden wir die deutsche Einheit in dem Sinne, dass wir auch ein einheitliches Rentensystem in Ost und West haben und wirklich jeder Rentenpunkt gleich viel wert ist?

(Beifall bei der SPD – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt einen sehr guten grünen Vorschlag, wie man das machen kann!)

Es war ja so gedacht, dass irgendwann automatisch eine Angleichung stattfindet, wenn die Löhne in Ost und West gleich hoch sind.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es fehlt auch nicht mehr viel!)

Wenn wir uns die beiden Linien anschauen, dann müssen wir aber feststellen: Sie werden sich womöglich erst am Sankt-Nimmerleins-Tag kreuzen. Deswegen sagen wir ganz klar: Der letzte Schritt muss politisch gemacht werden. Wir haben die Angleichung der Rentensysteme in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt. Wir wollen und werden sie auch umsetzen. Das ist gut für viele Ostdeutsche und beseitigt viele Ungerechtigkeiten, die zwischen Ost und West noch bestehen. Das ist ein Schritt zur echten Vollendung der Einheit. (D)

Für uns ist aber auch klar: In vielen Branchen sind die Löhne im Osten deutlich niedriger als in Westdeutschland. Ein Grund dafür ist, dass auch die Tarifbindung deutlich niedriger ist als in Westdeutschland. Daran müssen wir arbeiten. Auch hier wird entschieden, ob wir Rentengerechtigkeit in Deutschland hinbekommen.

(Beifall bei der SPD)

Einen ersten Schritt haben wir übrigens schon gemacht, und zwar durch die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro in Ost und West.

(Beifall bei der SPD)

Dass der Mindestlohn im Hinblick auf die Renten etwas bringt, zeigt sich an der fast 6-prozentigen Rentenerhöhung im Osten; sie ist ganz eindeutig ein Mindestlohneffekt. Auch weil die Höherwertung irgendwann wegfällt, müssen wir uns um die Niedrigverdiener kümmern. Wir dürfen aber nicht nur die Niedrigverdiener in Ostdeutschland im Blick haben. Es ist überall ungerecht, wenn jemand jahrzehntlang gearbeitet hat und dann weniger oder genauso viel Rente bekommt wie jemand, der gar nicht gearbeitet hat. Deswegen ist uns die solidarische Lebensleistungsrente so wichtig. Sie ist de facto die

Daniela Kolbe

- (A) Höherwertung in Ost und West für Niedrigverdiener. Die solidarische Lebensleistungsrente ist für uns ein erster Schritt zur Armutsbekämpfung.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Minischritt!)

Wir als SPD haben das Ohr bei den Menschen, die hart arbeiten. In diesem Sinne werden wir das Rentensystem fortentwickeln. Dazu gehört für uns die Angleichung der Rentensysteme in Ost und West.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Kollegin Kolbe. – Nächster Redner: Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Daniela Kolbe, zur Ost-West-Rentenangleichung gibt es einen exzellenten grünen Vorschlag, mit dem man die Vereinheitlichung tatsächlich sofort hinbekommen könnte. Den könnten Sie einfach übernehmen. Dann bräuchte man nicht bis 2019 zu warten.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Daniela Kolbe [SPD]: Der ist nicht gerecht! Den sollte man sich genauer ansehen! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Bloß nicht!)

Zum Thema Rentenniveau und Altersarmut, worum es in dieser Aktuellen Stunde ja gehen soll: Ich darf noch einmal daran erinnern, dass es in dieser Legislaturperiode schon einmal eine große Rentenreform von SPD, CDU und CSU gegeben hat.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war teuer!)

Sie haben es tatsächlich hingekriegt, 10 Milliarden Euro jährlich zusätzlich für die Rente auszugeben, ohne damit irgendetwas gegen die Altersarmut zu tun.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Stimmt nicht! – Dr. Martin Rosemann [SPD]: Erwerbsminderungsrente! – Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss man erst einmal schaffen!)

Die Rentenversicherungsbeiträge werden stärker steigen, und das Rentenniveau, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wird durch Ihre Rentenreform stärker sinken. Jetzt kommt Sigmar Gabriel und sagt, wir brauchen nun einen Rentenwahlkampf mit den Themen „Altersarmut“ und „Stabilisierung des Rentenniveaus“.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört! Hört!)

- Das hätte die Regierung machen können. Deshalb ist das völlig ungläubwürdig. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er sagt auch nicht, wie das gehen soll. Die Linke ist hier ja wenigstens ehrlich und sagt: Wir wollen die Beiträge dafür anheben. – Das wäre nicht unsere Lösung, weil eine Beitragsanhebung Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen natürlich deutlich stärker belastet als Menschen mit hohem Einkommen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: 35 Euro pro Monat! Das ist viel weniger als bei Rieser!)

Deswegen ist unsere Lösung an dieser Stelle die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung. Dadurch würden wir es tatsächlich hinbekommen, dass die Beitragssätze einigermaßen stabil bleiben, während das Rentenniveau gleichzeitig stabilisiert wird. Der erste wichtige Punkt ist also die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zur Bürgerversicherung.

Der zweite wichtige Punkt an dieser Stelle ist ein Mindestniveau in der Rentenversicherung. Die meisten anderen Länder in der Europäischen Union und sogar im gesamten OECD-Raum haben es, Deutschland nicht. Deswegen ist Altersarmut hier schon immer durchaus ein Problem gewesen, insbesondere bei Frauen. Während wir im internationalen Vergleich insgesamt nicht schlecht dastehen, gilt das in Bezug auf die Frauen nicht. Dort stehen wir besonders schlecht da. Unter anderem deswegen, aber auch für die Akzeptanz der Rentenversicherung brauchen wir hier ein Mindestniveau. (D)

Wir sagen: Wer den größten Teil seines Lebens Rentenversicherungsbeiträge gezahlt hat, der soll am Ende des Lebens auch eine Rente bekommen, die über dem Grundsicherungsniveau liegt. Das würde zur Akzeptanz der Rentenversicherung führen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit unterscheidet sich unser Konzept, die grüne Garantierente, von der sogenannten Lebensleistungsrente und auch von der Mindestrente der Linken.

Apropos Lebensleistungsrente: Das Copyright auf diese Idee besitzt eigentlich Frau von der Leyen. Das ist also eigentlich kein SPD-Konzept. Sigmar Gabriel sagt jetzt auf einmal aber, dass wir sie unbedingt einführen müssen.

Heute Abend diskutieren wir noch über das Nationale Reformprogramm 2016, wofür das Bundeswirtschaftsministerium zuständig ist. In dem Länderbericht der Europäischen Kommission zu Deutschland wurde angemahnt, dass die Lebensleistungsrente endlich umgesetzt wird, und das Nationale Reformprogramm ist eine Reaktion darauf. Wenn man sich die Liste der Maßnahmen dort anguckt, dann sieht man, dass die Lebensleistungsrente dort nicht auftaucht. Vielleicht sollte der SPD-Vorsitzende einmal ein Zweiergespräch mit dem

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

- (A) Wirtschaftsminister führen und sich mit ihm einigen, ob die Lebensleistungsrente wichtig ist oder nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen also, wir brauchen diese zwei Bausteine: die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zur Bürgerversicherung und ein Mindestniveau in Form einer Garantierente.

Die Rente innerhalb des Rentensystems sollte eben nicht bedürftigkeitsgeprüft, wie die Grundsicherung im Alter oder die Lebensleistungsrente, und auch nicht einkommens- und vermögensgeprüft sein, wie das bei den Vorschlägen der Linken der Fall ist und was auch nur eine verkappte Grundsicherung darstellt, wenn auch auf etwas höherem Niveau.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]:
1 050 Euro und nicht bedürftigkeitsgeprüft!)

Deswegen ist die einzige Lösung gegen Altersarmut und zur Stabilisierung der gesetzlichen Rente tatsächlich die grüne Garantierente.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen also eine grüne Bürgerrente mit Bürgerversicherung und Garantierente, die armutsfest, nachhaltig finanziert und gerecht ist.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Wolfgang Strengmann-Kuhn. – Das Wort hat die Kollegin Jana Schimke für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jana Schimke (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Ideen der Linken zur Zukunft unseres Sozialstaats und zum Rentensystem sind uns hinlänglich bekannt.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Dann würden Sie sie ja übernehmen!)

Im Wesentlichen geht es immer wieder darum, richtige und gerechte Entscheidungen der Vergangenheit wieder zurückzunehmen. Das Rentenniveau, um das es heute unter anderem auch geht, dauerhaft auf 53 Prozent festzuschreiben, ist eine davon. In der Tat, die Linke wäre nicht die Linke, wenn sie sich an dem momentanen Überbietungswettbewerb rund um das Rentenniveau nicht beteiligen würde.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wir waren doch die Ersten! Ihr kommt hinterher!)

Diese Forderung, Herr Birkwald, kann man aufstellen, wenn man die demografische Entwicklung in unserem Land vollends ignoriert, wenn man die gesetzliche Rente

mit noch mehr Steuergeld bezuschussen will, weil einem noch mehr Schulden völlig egal sind (C)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wieso geht es dann in Österreich?)

oder weil man trotz Rekordsteuereinnahmen noch stärker als bisher an der Steuerschraube drehen und die Steuerzahler mit noch höheren Beiträgen in die Rentenversicherung belasten will.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn die Beitragszahler belastet? Ihr Rentenpaket! Sie müsstet sich Asche auf den Kopf streuen! Das ist ja unglaublich!)

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, sollten sich in der Diskussion ehrlich machen. Sagen Sie den Beschäftigten gerade der jungen Generation in unserem Land, dass diese dann sehr viel höhere Rentenbeiträge zu zahlen hätten

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: 35 Euro, Frau Kollegin, beim Durchschnittsverdienst!)

und damit am Ende des Monats netto weniger in der Tasche hätten als heute.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: So ein Quatsch! Das ist falsch!)

Sagen Sie den Menschen, dass Arbeit in Deutschland künftig noch teurer wird, und zwar auf Kosten bestehender und künftiger Arbeitsplätze, und dass man sehenden Auges die Axt an die Wurzel des Generationenvertrages legt. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der LINKEN)

Jeder zusätzliche Prozentpunkt in der Sozialversicherung kostet Jobs. Die Schmerzgrenze von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei Steuern und Beiträgen ist wahrlich erreicht. Das bestätigt auch eine aktuelle Umfrage von Infratest dimap. Danach lehnen 79 Prozent der Beschäftigten noch höhere Rentenbeiträge ab.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wenn man ihnen sagt, dass sie die Riester-Rente nicht mehr brauchen, nicht!)

Meine Damen und Herren, die Erfüllung Ihrer Forderungen wie die Anhebung des Rentenniveaus auf Kosten der jungen Generation, die Rücknahme der Rente mit 67 oder die Abschaffung des Nachhaltigkeitsfaktors – wohl gemerkt: einem ganz entscheidenden Merkmal bei der Berechnung der Renten, um überhaupt für Generationengerechtigkeit zu sorgen –, wäre vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung eine fatale Fehlentscheidung. Deshalb waren und sind die Entscheidungen der vergangenen Jahre richtig. Die Menschen in unserem Land haben verstanden, dass es Einschnitte bei der gesetzlichen Rente geben wird und Eigenvorsorge für das Alter elementar ist. Das alles ungeachtet der demografischen Situation zurückzunehmen, grenzt an politischen Realitätsverlust.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Na, na, na!)

Jana Schimke

- (A) Natürlich sind wir uns der Folgen einer Niedrigzinspolitik durch die EZB bewusst. Wir stellen fest, dass zusätzliche Belastungen von Betriebsrenten mit Sozialbeiträgen auf Sparer nicht gerade motivierend wirken.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Schaffen Sie sie doch ab!)

Wir wissen auch, dass Altersvorsorge gerade bei Geringverdienern ein Problem ist. Aber die richtige Antwort darauf ist doch nicht, dass die betriebliche und private Altersvorsorge gescheitert ist, so wie Sie es in Ihren Anträgen immer wieder behaupten. Die richtige Antwort lautet, Fehlanreize und Bürokratie zu beseitigen, Möglichkeiten der Förderung zu prüfen, Strukturen zu optimieren und das System der betrieblichen und privaten Altersvorsorge damit insgesamt zu verbessern. Das gilt natürlich auch für die Riester-Rente. Die Riester-Rente ist, wohlgemerkt, nicht gescheitert.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

Wir müssen uns gerade auch mit Blick auf die Geringverdiener die Frage stellen: Wie gehen wir mit der Grundsicherung um? Auch darüber diskutieren wir ganz offen. Es gibt nicht wenige, die dafür sind, gerade Empfängern von Grundsicherung Freibeträge für die betriebliche und private Altersvorsorge einzuräumen. Das ist alles richtig.

- (B) Ich möchte aber etwas anmerken. Ich frage mich immer wieder: Wie ist eigentlich Ihr Bild von Menschen, die wenig verdienen, die möglicherweise keine Ausbildung haben oder die über eine sehr geringe Bildung verfügen? Sie vermitteln den Menschen den Eindruck: Verlasst euch ruhig auf die gesetzliche Rente, wir regeln das schon. – Die Botschaft, die Sie auch immer wieder ausgeben, lautet, dass diese Menschen im Alter sowieso Grundsicherung bekommen und man sich deshalb politisch darauf einstellen müsse.

Aber das kann es doch nicht sein. Wir müssen den Menschen frühzeitig und dauerhaft, gerade den jungen Menschen, die heute hier im Plenum auf den Besuchertribünen sitzen, immer wieder klarmachen, dass es im Leben auch darum geht, aufzusteigen, und zwar durch Bildung, dass das Leben eben nicht dadurch gekennzeichnet ist, dauerhaft auf einem Lohnniveau zu verharren und irgendwann einmal Grundsicherung zu bekommen, sondern dass unser Antrieb, auch in der Politik, der ist, ebenen Menschen zu einem besserem Einkommen und zu einer besseren Absicherung im Alter zu verhelfen.

Ein Weg ist natürlich auch die Wirtschaftspolitik. Sie hängt mit der Rentenpolitik ganz eng zusammen. Eine gute Wirtschaftspolitik sorgt für bessere Löhne und hat damit auch eine bessere Absicherung im Alter zur Folge.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Deswegen haben die Leute teilweise zwei Jobs, damit sie überhaupt überleben können!)

Das ist zumindest der politische Geist, der mich umtreibt, der mich begleitet und nach dem ich Politik gestalten möchte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(C) Deshalb, meine Damen und Herren, geht es bei der Rente eben auch um die arbeitsmarktpolitische Komponente. Denn Rente ist immer noch auch Ausdruck von Erwerbstätigkeit. Das verfolgen wir jetzt auch ganz konkret mit der Flexirente. Wir schaffen zunächst einmal das Bewusstsein, dass sich auch längeres Arbeiten sowohl für Beschäftigte als auch für die Unternehmen lohnt. Der Beruf ist eben nichts mehr, aus dem man von heute auf morgen ausscheidet. Und die Rente ist nichts mehr, in dem man von heute auf morgen feststeckt. Es geht darum, längeres Arbeiten attraktiv zu gestalten. Das ist eine ganz entscheidende Antwort im Umgang mit dem demografischen Wandel und mit der Absicherung im Alter.

Mit fast 18 Jahren ist die durchschnittliche Rentenbezugsdauer in Deutschland so lang wie nie zuvor, und sie wird weiter steigen.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Kollegin.

Jana Schimke (CDU/CSU):

Ich bin sofort fertig.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ja, Sie sind jetzt fertig.

Jana Schimke (CDU/CSU):

Natürlich ist es vor dem Hintergrund steigender Lebenserwartung absolut legitim, auch über einen späteren Renteneintritt nachzudenken. Herr Birkwald, in Bezug auf diesen Punkt möchte ich noch einmal meinen Kollegen Wolfgang Schäuble ganz konkret in Schutz nehmen. (D)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Jana Schimke (CDU/CSU):

Sein Vorstoß ist nichts Verwerfliches, sondern eine logische Konsequenz.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Malochen bis zum Sterben! Sehr gut!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Erinnern Sie sich bitte an die Lichter da vorne. – Der Kollege Kapschack ist schon da. Er hat dann auch das Wort für die SPD.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ralf Kapschack (SPD):

Sehr schön. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Bei der öffentlichen Debatte über die Rente hat man manchmal den Eindruck, dass es um ein populäres Schneller, Weiter und Höher, aber nicht so sehr um nachhaltige Konzepte geht. Das bringt Schlagzeilen, aber keine Lösung des Problems.

Ralf Kapschack

- (A) Ja, es ist richtig – das wurde auch angesprochen –, dass wir über das Niveau der gesetzlichen Rente sprechen müssen. Denn es geht nicht zuletzt darum, die Akzeptanz für diese zentrale Säule der Altersversorgung zu erhalten. Klar ist: Wer lange gearbeitet hat, muss auch im Alter eine auskömmliche Rente haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Allerdings ist es so, dass die wenigsten Rentenbezieher 45 Jahre lang durchgearbeitet und Sozialbeiträge gezahlt haben. Das ist aber die Grundlage des Rentenniveaus. In Zukunft werden deutlich mehr Menschen in Rente gehen, die diesem Idealbild nicht entsprechen. Männern und Frauen, die lange arbeitslos waren oder lange in Teilzeit bzw. im Niedriglohnbereich gearbeitet haben, hilft man nicht allein mit der Anhebung des Rentenniveaus.

Die Rente ist ein Spiegelbild des Erwerbslebens. Deshalb ist ein zentraler Ansatzpunkt, für gute Arbeit zu sorgen. Der Mindestlohn war ein erster wichtiger Schritt.

(Beifall bei der SPD)

Nur wer ordentlich verdient, kann auf eine ordentliche Rente hoffen und hat die Möglichkeit, auch selbst für das Alter vorzusorgen. Zusätzliche Vorsorge wird auch künftig sinnvoll sein. Die Frage ist nur, wie man sie organisiert und welche Lehren man aus der Vergangenheit zieht – in der Tat.

Mehr als 40 Prozent derjenigen, die 1 500 Euro oder weniger verdienen, betreiben keine private oder betriebliche Vorsorge. Für die SPD ist die betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung die beste Form der zusätzlichen Vorsorge. Wir wollen sie stärken.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Eine Umfrage des nordrhein-westfälischen Arbeitsministeriums unter 10 000 kleinen und mittelständischen Unternehmen hat ergeben, dass es sehr wenig bzw. fast keine arbeitgeberfinanzierte Vorsorge gibt.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wohl wahr!)

In rund 40 Prozent findet nicht einmal eine Entgeltumwandlung statt. Die Gründe: Betriebliche Altersversorgung ist zu kompliziert, der Personalaufwand zu hoch. Weil kleine Betriebe mit dem Thema der betrieblichen Altersversorgung oft überfordert sind, muss es nach unserer Ansicht Branchenlösungen geben, die diesen Unternehmen Risiko und Organisationsaufwand abnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Tarifvertragliche Lösungen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sind nach unserer Meinung der entscheidende Hebel für eine stärkere Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung. Ich bin mir nicht sicher, ob das die Kollegen von der Koalition auch so sehen. Für uns sind tarifvertragliche Lösungen eben nicht nur *eine* Möglichkeit unter vielen anderen.

(Beifall bei der SPD)

Die Vorteile des Sozialpartnermodells, wie es vom Bundesarbeitsministerium vorgeschlagen wird, liegen

auf der Hand. Es ist kostengünstig, bietet passgenaue Lösungen für Branchen, hat eine breite Akzeptanz und führt zu einer Reduzierung der Probleme für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Unternehmenswechsel. Die jüngsten Gutachten bestätigen das. (C)

Wenn das Sozialpartnermodell umgesetzt wird, sind die Tarifpartner am Zug, und zwar in der Erwartung, dass sie den neuen Spielraum dann auch nutzen. Bislang haben in der Privatwirtschaft nur etwa 50 Prozent der Beschäftigten Anspruch auf eine betriebliche Altersversorgung. Um eine flächendeckende Verbreitung sicherzustellen, halten wir eine gesetzliche Verpflichtung der Arbeitgeber zur finanziellen Beteiligung an der betrieblichen Altersversorgung für notwendig. Die gängige Praxis der Entgeltumwandlung wollen wir dabei aber nicht ausweiten; denn das führt zu Mindereinnahmen der Rentenversicherung und zu geringeren Ansprüchen der Versicherten.

Es bleibt dabei: Betriebliche Altersversorgung ist für die SPD eine notwendige Ergänzung der gesetzlichen Rente, aber kein Ersatz, um das noch einmal ganz klar zu sagen. Die Debatte über die Reform der Betriebsrenten ersetzt nicht die Diskussion über die Zukunft der gesetzlichen Altersversorgung. Die gesetzliche Rente steht für uns nach wie vor im Mittelpunkt der Alterssicherung.

(Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Für uns auch!)

Es bleibt auch dabei: Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir wollen die gesetzliche Rente zu einer Erwerbstätigenversicherung umbauen. Das ist nicht nur gerecht; es schafft auch zusätzliche finanzielle Spielräume. Es gibt noch viel zu tun.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Kollege Kapschack. – Das Wort hat als nächster Redner Dr. Carsten Linnemann für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Carsten Linnemann (CDU/CSU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kapschack hat natürlich völlig recht, dass wir keine Schlagzeilen produzieren sollten, sondern die Probleme angehen und um Lösungen ringen. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion Die Linke – ich denke dabei an die Äußerungen der letzten Tage –, man muss auch im Sinne der Demokratie aufpassen, dass man nicht Erwartungen schürt, die man am Ende des Tages gar nicht erfüllen kann. Damit bietet

Dr. Carsten Linnemann

- (A) man nur der Politikverdrossenheit in Deutschland neuen Nährboden.

(Widerspruch des Abg. Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Man wird noch Forderungen stellen dürfen!)

Das wollen wir nicht. Deswegen sollten wir uns an den Fakten orientieren, und das können wir gerne auch in solchen Debatten wie heute machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Da würde ich den Blick in die eigenen Reihen werfen! Da ist das besser aufgehoben!)

Die letzte große Rentenreform war 2001. Wir hatten einen Korridor bis 2030 im Blick. Jetzt sind wir im Jahr 2016. Das heißt, man geht in die Halbzeitpause, und nach der Halbzeit zieht man Bilanz.

Als Bilanz kann man erstens festhalten, dass sich die Bedingungen grundsätzlich nicht geändert haben. Die demografische Entwicklung verläuft so wie damals prognostiziert. Zweitens muss man offen zugeben, dass wir auf jeden Fall Nachjustierungen machen müssen.

- (B) Werfen wir einen Blick auf die drei Säulen der Alterssicherung. Bei der ersten, der gesetzlichen, Säule ist es, glaube ich, wichtig, dass wir den Schulterchluss von damals erneuern. Wir haben eine Ausbalancierung der verschiedenen Generationen organisiert, indem wir gesagt haben: Auf der einen Seite gibt es als Bremse eine Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent; auf der anderen Seite belasten wir die arbeitende Generation bei den Versicherungsbeiträgen nicht über Gebühr, und langfristig wollen und müssen wir dort, wo es geht, länger arbeiten. Diesen Schulterchluss von damals sollten wir erneuern.

Bei der zweiten Säule, der betrieblichen Altersvorsorge, sollten wir daran festhalten, in dieser Legislaturperiode noch etwas zu tun. Das ist auch im Koalitionsvertrag vereinbart worden. Beim Ziel sind wir uns einig, dass wir das attraktiver machen wollen. Ich glaube, der Vorschlag von Wolfgang Schäuble, auch hier über ein Zulagenmodell ähnlich wie bei der Riester-Rente nachzudenken, ist richtig.

Was die Riester-Rente angeht, muss man ehrlich sagen: Frau Nahles hat an dieser Stelle recht, dass sich die private Altersvorsorge grundsätzlich immer lohnt. Bei der Riester-Rente gibt es ein Kapitalversprechen, dass auf jeden Fall die eingezahlten Beiträge plus die Zulagen des Staates ausgezahlt werden.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nominal!)

Aber – das hat Frau Schimke richtig gesagt – die furchtbare Bürokratie, das wenig nachhaltige Denken, dass Riester-Verträge abgeschlossen werden und die Kunden dann zum Teil von dem einen oder anderen im Stich gelassen werden, und die Nachweise über die Bruttolöhne, die jedes Jahr erbracht werden müssen, sind Themen, über die wir reden müssen. Das sollten wir noch in dieser

- Legislaturperiode machen, damit wir zu entsprechenden Änderungen kommen und Riester attraktiv halten. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Einen weiteren Punkt hat Frau Schimke auch bereits angesprochen. Wir haben damals im Zusammenhang mit dem Rentenniveau einen Zuschuss zur privaten Altersvorsorge vorgesehen. Wir haben also den Menschen gesagt: Ihr müsst privat vorsorgen. – Man kann aber nicht im selben Atemzug sagen: Dann, wenn ihr in der Grundsicherung seid, nehmen wir euch das Geld wieder weg.

Deshalb bin ich froh, dass es auch in diesem Hause einen gewissen Konsens über einen Freibetrag für die private Vorsorge bei der Grundsicherung gibt. Private Vorsorge heißt natürlich auch Eigentum allgemein. Ich glaube, dass wir in den letzten 10 bis 15 Jahren zu wenig über Eigentum und Eigentumsbildung gerade auch bei der Mittelschicht, vor allem beim Wohneigentum, gesprochen haben. Auch solche Dinge sollten wir berücksichtigen.

Zu guter Letzt komme ich – Frau Schimke hat das bereits angesprochen – auf die Flexirente zu sprechen. Ich bin froh, dass wir uns in der Koalition geeinigt haben. Die Regierung möchte nun einen Referentenentwurf vorlegen. Ich glaube, es ist ein richtiger Schritt, das längere Arbeiten attraktiver zu machen. Wir sollten nicht mehr von Renteneintrittsalter reden; denn es handelt sich oft nicht mehr um den Eintritt in den Ruhestand. Viele Menschen möchten Rente beziehen und noch Teilzeit arbeiten. Es handelt sich also um ein Rentenbezugsalter, in dem jeder selbst entscheiden kann, wie viel und wie lange er weiterarbeiten will. Diejenigen, die länger arbeiten und Beiträge zahlen, sollen mehr Rente bekommen. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass die Flexirente jetzt kommt. Das ist das richtige Signal zur richtigen Zeit. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Und nach unten? Wann kann man gehen, wenn man nicht mehr kann?)

Ich habe noch 20 Sekunden. Deswegen komme ich zum Schluss. Grundsätzlich sollte sich die Rentenpolitik zwischen zwei Polen bewegen. Auf der einen Seite sollten wir für die Menschen da sein, die länger arbeiten wollen, aber nicht können. Ich denke hier insbesondere an die Erwerbsgeminderten. Auf der anderen Seite sollten wir für diejenigen, die länger arbeiten wollen und können, Anreize schaffen und sie belohnen.

Ich bin im Zeitfenster geblieben. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. Das war fast eine Punktlandung. – Als letzter Redner hat jetzt der Kollege Stephan Stracke, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) Stephan Stracke (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als letzter Redner hat man die Gelegenheit, die Argumente etwas zu ordnen und die Debatte zusammenzufassen. Was uns in der Rentenpolitik verbindet, sind vor allem Vertrauen und Verlässlichkeit. Das ist das, was die Menschen von uns einfordern. Deswegen gingen Kurzatmigkeit und Schnappatmung als Leitlinien, wie wir es häufig aufseiten der Linken erleben, in die falsche Richtung. Hier findet oft ein regelrechter Überbietungswettbewerb statt. Herr Birkwald, Sie haben vorhin gesagt, dass Sie sich als Erster zum Überbietungswettbewerb zu Wort gemeldet haben. Das ist für Sie so etwas wie ein Lebenselixier. Das, was die Linke in diesem Bereich tut, ist nichts anderes als Selbstrechtfertigung.

Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, dass es der gegenwärtigen Rentnergeneration schlecht geht oder dass sie sich massenhaft in der Altersarmut befindet. Das genaue Gegenteil ist richtig. Der heutigen Rentnergeneration geht es so gut wie keiner anderen zuvor. Wir sind es im Übrigen gewesen, die zum ersten Mal seit vielen Jahren die Ansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung gestärkt haben. Wir haben Leistungserweiterungen durchgesetzt. Wir waren es, die die Mütterrente durchgesetzt haben. Sie kommt vor allem denjenigen zugute, die vor 1992 Kinder erzogen haben. Sie ist ein wichtiger Beitrag für das Generationenband und für diejenigen, die Kinder erzogen haben. Sie kommt den Menschen in diesem Land zugute.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben zugleich das Niveau in der gesetzlichen Rentenversicherung stabilisiert. Ja, wir sind in der Rentenversicherung dem demografischen Wandel ausgesetzt. Das hat viel mit der Geburtenrate, aber auch mit der steigenden Lebenserwartung zu tun. Das beste Mittel gegen Altersarmut und für Generationengerechtigkeit ist eine Politik für Wachstum und Beschäftigung; denn die Rente von morgen bemisst sich nach den Einnahmen von heute. Da sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Wir brauchen möglichst viele gut bezahlte Arbeitsplätze. Wir verzeichnen heute ein Allzeithoch bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die niedrigste Aprilarbeitslosigkeit seit 1991. Gleichzeitig haben wir den Mindestlohn durchgesetzt. Das ist ein wichtiger Schritt dahin gehend, dass gute Arbeit auch angemessen entlohnt wird. Dass unsere Politik für Wachstum und Beschäftigung wirkt, zeigen die höchste Rentenanpassung seit 23 Jahren und ein Beitragssatz, der so niedrig ist wie vor 30 Jahren. Einen Beitragssatz von 18,7 Prozent gab es auch 1985. Das zeigt: Wir sind sehr zuverlässig und sehr gut aufgestellt.

Wir würden sicherlich keine Debatte über die Rente führen, wenn die derzeitige Situation auf dem Kapitalmarkt nicht so niedrige Zinsen generieren würde. Die Rente ist sicherlich weiterhin die zentrale Säule der Altersvorsorge. Wer arbeitet und für sein Alter vorsorgt, muss im Ruhestand besser dastehen als jemand, der dies nicht getan hat. Deswegen ist der Dreiklang aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge richtig.

Aber die Debatte, die wir derzeit führen, hat natürlich auch etwas mit der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank zu tun. Deutschland ist das Land der Sparer, der Mieter und der Lebensversicherungsbesitzer, deshalb sind es jene, die momentan infolge dieser Politik der Europäischen Zentralbank den Preis zahlen. Natürlich wissen wir, dass die niedrige Inflationsrate in diesem Bereich hilft.

Allerdings hat die Nullzinspolitik vor allem einen psychologischen Effekt: Nullzinsen – das entwertet das Sparen, und man hat das Gefühl, dass es einer Altersvorsorge nicht mehr bedarf bzw. diese unattraktiv ist, obwohl eigentlich genau das Gegenteil richtig ist: Man müsste mehr Geld zurücklegen, damit man den Lebensstandard im Alter tatsächlich wahren kann. Deshalb brauchen wir weniger Wall Street innerhalb der Geldpolitik, mehr Bundesbank, und vor allem: Es gibt keine Alternative zu stabilen Staatsfinanzen und guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wenn sich auch die südeuropäischen Staaten auf den Weg machen würden, Reformen hartnäckig durchzuführen, dann gäbe es auch eine Chance dahin gehend, dass die Europäische Zentralbank schnell ihre Zinspolitik ändert.

Angesichts dieses zinspolitischen Umfelds müssen wir uns darüber Gedanken machen, wie wir das Sparen für Geringverdiener verbessern und ein Renteneinkommen über dem Grundsicherungsniveau für Menschen mit Erwerbsminderung sichern können. Wir als Große Koalition diskutieren, entscheiden und beschließen. So halten wir es auch in der Rentendebatte. Hektik ist in der Rentenpolitik sicherlich der falsche Ratgeber, und auf die lange Bank schieben wir sie auch nicht.

Herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten

Jahresbericht 2015 (57. Bericht)**Drucksache 18/7250**

Überweisungsvorschlag:
Verteidigungsausschuss (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, und eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Herr Dr. Hans-Peter Bartels. – Bitte schön.